Geschäftsbericht 2011

Wege sind unser Ziel

DEGES

Geschäftsbericht 2011

Wege sind unser Ziel

Inhalt

Organe

Gesellschafter 6
Geschäftsführung 7
Aufsichtsrat 9

Bericht der Geschäftsführung

Aufgaben der Gesellschaft 12
Projektportfolio 14
Chancen- und Risikobeurteilung 15

Geschäftsverlauf 2011 sowie Lage der Gesellschaft 16
- Stand der Projekte 16
- Geschäftsvolumen 21
- Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 24
- Planungsstand 26
- Grunderwerb 27
- Bauleistung 28
- Leistungsbezogene Kennzahlen 30
- Personalentwicklung 33

Bericht des Aufsichtsrates / Jahresabschluss

Bericht des Aufsichtsrates 36
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 37
Bilanz 38
Anhang für das Geschäftsjahr 2011 39
Entwicklung des Anlagevermögens 46
Abschreibungen 47
Bilanzwerte 47
Gewinn- und Verlustrechnung 48

Treuhandbilanz 49

Verkehrsprojekte

Aktuelle VDE und VDE-Zubringer 52
Für den Verkehr freigegebene VDE und VDE-Zubringer 58
Sonstige Straßenprojekte 60
Sonstige Straßenprojekte in Hamburg 62
Sonstige Straßenprojekte in Mecklenburg-Vorpommern
und Schleswig-Holstein 64
Sonstige Straßenprojekte in Sachsen 66
Sonstige Straßenprojekte in Thüringen 68
City-Tunnel Leipzig 70
Wasserstraßenprojekte 72

DEGES-Projekte im Überblick 74

Impressum

Gesellschafter

35,38 %
Bundesrepublik Deutschland

7,18 %
Land Brandenburg

7,18 %
Freie Hansestadt Bremen

7,18 %
Freie und Hansestadt Hamburg

7,18 %
Land Hessen

7,18 %
Land Mecklenburg-Vorpommern

7,18 %
Freistaat Sachsen

7,18 %
Land Sachsen-Anhalt

7,18 %
Land Schleswig-Holstein

7,18 %
Freistaat Thüringen

Geschäftsführung

Kaufmännisch-juristischer
Geschäftsführer
Dipl.-Staatsw. Dipl.-Kfm. (FH)
Bodo Baumbach

Technischer Geschäftsführer
Bauassessor Dipl.-Ing.
Dirk Brandenburger

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Josef Kunz

Aufsichtsrat

Vorsitzender:
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing.
E. h. Josef Kunz
Ministerialdirektor, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Stellvertr. Vorsitzende:
Dr. Rüdiger Kratzenberg
Ministerialdirigent, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Lutz Irmer
Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Weitere Mitglieder:
Karl-Hermann Fahsel
(seit 15. Juni 2011)
Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Hartmut Fiedler
Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wolfgang Golasowski
Staatsrat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Freie Hansestadt Bremen

Michael Harting
Ministerialdirektor, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ursula Heger
(bis 31. März 2011)
Ministerialrätin im Bundesministerium der Finanzen

Günther Hermann
Ministerdirigent, Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Martin Huber
(seit 1. März 2012)
Leitender Regierungsdirektor bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Freie und Hansestadt Hamburg

Günther Meienberg
Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Egbert Neumann
Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg

Thilo Schelling
(bis 31. Dezember 2011)
Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

André Schröder
(bis 14. Juni 2011)
Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Wolfgang Suhr
(seit 1. April 2011)
Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen

Ina-Maria Ulbrich
(seit 17. Januar 2012)
Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Volkmar Vogel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bericht der Geschäftsführung

Aufgaben der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben. Die Beauftragung erfolgt jeweils auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Die Gesellschafter haben die DEGES beauftragt mit der Planung und/oder Baudurchführung

- eines Großteils der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – Straße (im Weiteren VDE-Projekte – Straße genannt) – seit 1991,
- von Zubringerprojekten zu den VDE-Projekten – Straße (im Weiteren VDE-Zubringer genannt) – seit 1999,
- von sonstigen Straßenprojekten der Länder (Bundesfernstraßen in Auftragsverwaltung und Landesstraßen) – seit 2002,
- des Tunnelrohbaus inklusive Roh- und Ausbau der Stationen für den City-Tunnel Leipzig im Rahmen eines gemeinsamen Eisenbahnprojektes des Freistaates Sachsen mit der DB Netz AG und der DB Station & Service AG – seit 2003 – sowie
- von Projekten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost (Brückenbaumaßnahmen über Bundeswasserstraßen) – seit 2008.

Des Weiteren führt die DEGES spezielle fachbezogene Aufträge vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Bereich der Straßenplanung und Straßenverkehrstechnik aus.

Im Berichtszeitraum wurden die übertragenen Aufgaben von einigen Auftraggebern angepasst:

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost hat infolge der neuen Priorisierung der Wasserstraßen in der Bundesrepublik ihre Ziele für die Anpassung von Strecken und Anlagen der Havel-Oder-Wasserstraße korrigiert und die DEGES um die qualifizierte Beendigung der Planungsleistungen für:

- zwei Brückenbaumaßnahmen über die Havel-Oder-Wasserstraße

gebeten.

Darüber hinaus wurde vom Freistaat Thüringen aufgrund von Haushaltsrestriktionen das übertragene Aufgabenvolumen bei den folgenden Projekten reduziert:

- B 287n Umfahrung Gotha inklusive OU Sundhausen bis B 4,
- Zubringer B 90n – B 2 im Zuge der L 1093 und
- Erweiterung der LKW-Stellplätze Willroder Forst/Süd.

Mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden in Ergänzung der bestehenden Dienstleistungsverträge Abwicklungs- und Abrechnungsvereinbarungen zu den VDE-Projekten geschlossen.

Im Berichtsjahr hat die DEGES ihr 20-jähriges Firmenjubiläum begangen. Die von ihr über die zwei Jahrzehnte aufgebaute Kernkompetenz liegt in dem erworbenen Know-how und der Lösungskompetenz für komplexe Aufgabenstellungen hinsichtlich

- → Planung, Grunderwerb, Bauvorbereitung,
- → Baudurchführung und -überwachung bis zur
- → „schlüsselfertigen“ Übergabe

von anspruchsvollen Verkehrsinfrastrukturprojekten.

Die DEGES erfüllt ihre Aufgaben dabei interdisziplinär, um die Lösung aller planerischen, bautechnischen, rechtlichen und kaufmännischen Fragen aus einer Hand anbieten zu können. Ein besonderes Augenmerk widmet das Unternehmen darüber hinaus der proaktiven Bürgerbeteiligung an der Projektplanung.

Dies gilt sowohl für eine Realisierung im Rahmen:

- → der konventionellen Beschaffung (Haushaltsfinanzierung) als auch
- → der Umsetzung als ÖPP-Projekt.

Die DEGES konzentriert sich auf die Aufgaben des Projektmanagements als Bauherr und Hausherr und bedient sich weitestgehend für die eigentlichen Planungs-, Grunderwerbs-, Bauvorbereitungs- sowie Bauüberwachungsleistungen geeigneter Dienstleister (Ingenieurbüros, Landgesellschaften etc.). Hoheitliche Funktionen nimmt die DEGES nicht wahr.

Projektportfolio

Der Auftragsbestand setzte sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Länge/Anzahl km	Auftragsvolumen gesamt per 31. 12. 2011 Mio. €	davon offen Mio. €
VDE – Straße	1.250,4	10.738,5	1.440,6
davon: Bau- und Grunderwerbsausgaben (brutto)		(9.749,9)	(1.246,5)
ÖPP-Entgelte für VDE (brutto)		(246,2)	(167,4)
Ingenieurkosten (netto)		(742,4)	(26,7)
Straßenprojekte außerhalb VDE	684,4	4.458,9	2.876,5
davon: Bau- und Grunderwerbsausgaben (brutto)		(3.864,5)	(2.452,7)
ÖPP-Entgelte für außerhalb VDE (brutto)		(258,0)	(258,0)
Ingenieurkosten (netto)		(336,4)	(165,8)
Summe Straßenprojekte	**1.934,8**	15.197,4	4.317,1
davon: Bau- und Grunderwerbsausgaben (brutto)		(13.614,4)	(3.699,2)
ÖPP-Entgelte für außerhalb VDE (brutto)		(504,2)	(425,4)
Ingenieurkosten (netto)		(1.078,8)	(192,5)
City-Tunnel Leipzig (netto)	4,2	666,3	128,9
Wasserstraßenprojekte (brutto)	1 Brückenbauwerk	5,5	4,2
Gesamt am 31. 12. 2011	**1.939,0**	**15.869,2**	**4.450,2**
davon 2011 beauftragt	(0)	(0)	(0)

Zum Bilanzstichtag betreute die DEGES damit neben ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Betreuung eines Großteils der VDE, ein Projektvolumen von ca. 5,2 Mrd. € an neuen Aufgaben. Das sind 48 % des Auftragsvolumens der betreuten VDE. Das offene Auftragsvolumen beträgt ca. 4,5 Mrd. €.

Chancen- und Risikobeurteilung

Die Gesellschaft nimmt bei der Akquirierung und Durchführung ihrer Aufträge nicht am Wettbewerb im Sinne des Vergaberechts teil. Sie steht jedoch im ständigen Vergleich mit den ansonsten in der Branche agierenden Strukturen: der Auftragsverwaltung der Länder sowie – was Teilbereiche betrifft – den Consultants. Dieser Vergleich eröffnet sowohl Chancen als auch Risiken für die weitere Entwicklung der Gesellschaft.

Besonders positiv bewertet die Gesellschaft:

- ihr umfassendes Projektmanagement-Potential für die Planung und Realisierung komplexer bzw. sehr anspruchsvoller Verkehrsinfrastrukturprojekte,
- ihr Erfahrungswissen für die Betreuung von ÖPP-Projekten auf der Basis des vorhandenen juristischen, kaufmännischen und technischen Potentials,
- ihr Know-how zur proaktiven Bürgerbeteiligung bei der Projektrealisierung,
- das bei der Aufgabenerledigung erzielte Kosten-/Leistungsverhältnis (vgl. auch die Kennzahlen S. 30),
- ihre Flexibilität in der Anpassung der Organisationsstrukturen an die Erfordernisse der Projektdurchführung sowie
- ihr Angebot zur personellen Verflechtung und Kooperation mit der Verwaltung ihrer Gesellschafter (Ressourcennutzung).

Angesichts der nachhaltigen Bestrebungen der Länder zur Straffung ihrer Verwaltung wächst die Rolle der DEGES als zusätzliche bzw. gemeinsame Ressource der Gesellschafter für komplexe und länderübergreifende Aufgabenstellungen.

Die Risiken für ihre Tätigkeit und ihre weitere Entwicklung schätzt die Gesellschaft wie folgt ein:

Bestandsgefährdende Risiken bzw. Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 289 Abs. 1 HGB bestehen aufgrund der Finanzierungsregelung in § 4 des Konsortialvertrages grundsätzlich nicht, da der Bund bzw. die Länder die gesamten Verwaltungskosten der Gesellschaft tragen, so dass keine ungedeckten finanziellen Belastungen bei der Gesellschaft verbleiben.

Ungeachtet dessen bestehen Risiken durch die Reduzierung des offenen Auftragsvolumens sowie im Rahmen der termin-, kosten- und qualitätsgerechten Planung und Baudurchführung der jeweiligen Projekte.

Schwerpunktrisiken sind hierbei insbesondere:

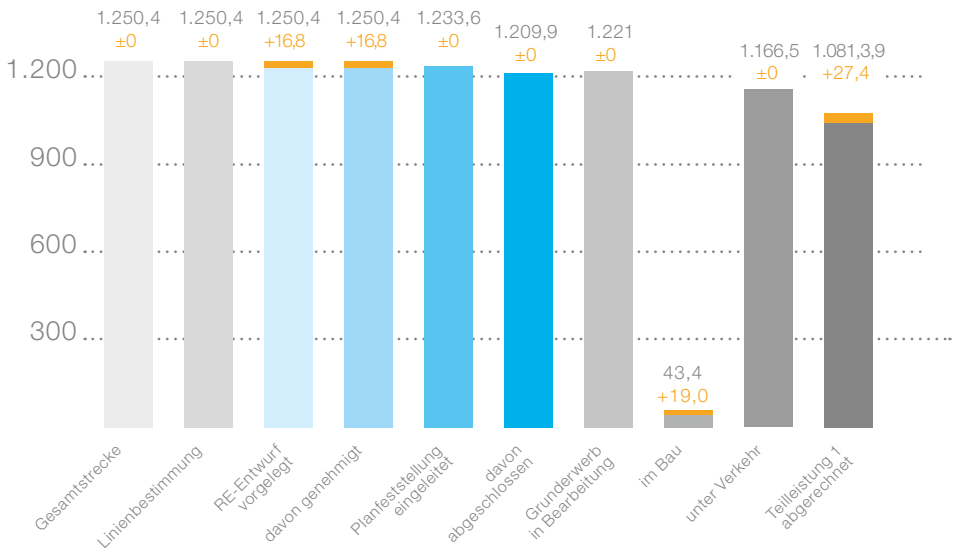
- Reduzierung des offenen Auftragsvolumens aufgrund verringerter Projektübertragung bzw. -rücknahme resultierend aus Haushaltsrestriktionen durch die Gesellschafter,
- Verzögerungen in der Projektrealisierung infolge begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten der Haushalte sowie langandauernder Verwaltungsgerichts- und Vergabenachprüfverfahren,
- Sicherung eines qualitativ und quantitativ bedarfsgerechten Personalbestandes entsprechend dem Aufgabenvolumen,
- Leistungsstörungen, insbesondere hinsichtlich der Qualität bei der Vertragsabwicklung,
- Störungen im Bauablauf aufgrund unzureichender Planungstiefe bzw. Planungsqualität und
- Versagen des internen Präventionsmechanismus in puncto Korruption.

Zur Beseitigung bzw. Eindämmung dieser sowie zur Aufdeckung bisher unerkannter Risiken hat die Geschäftsführung ein Risikomanagementsystem in die Führungs- und Steuerungsprozesse der DEGES integriert, das permanent geprüft und weiterentwickelt wird.

Geschäftsverlauf 2011 sowie Lage der Gesellschaft

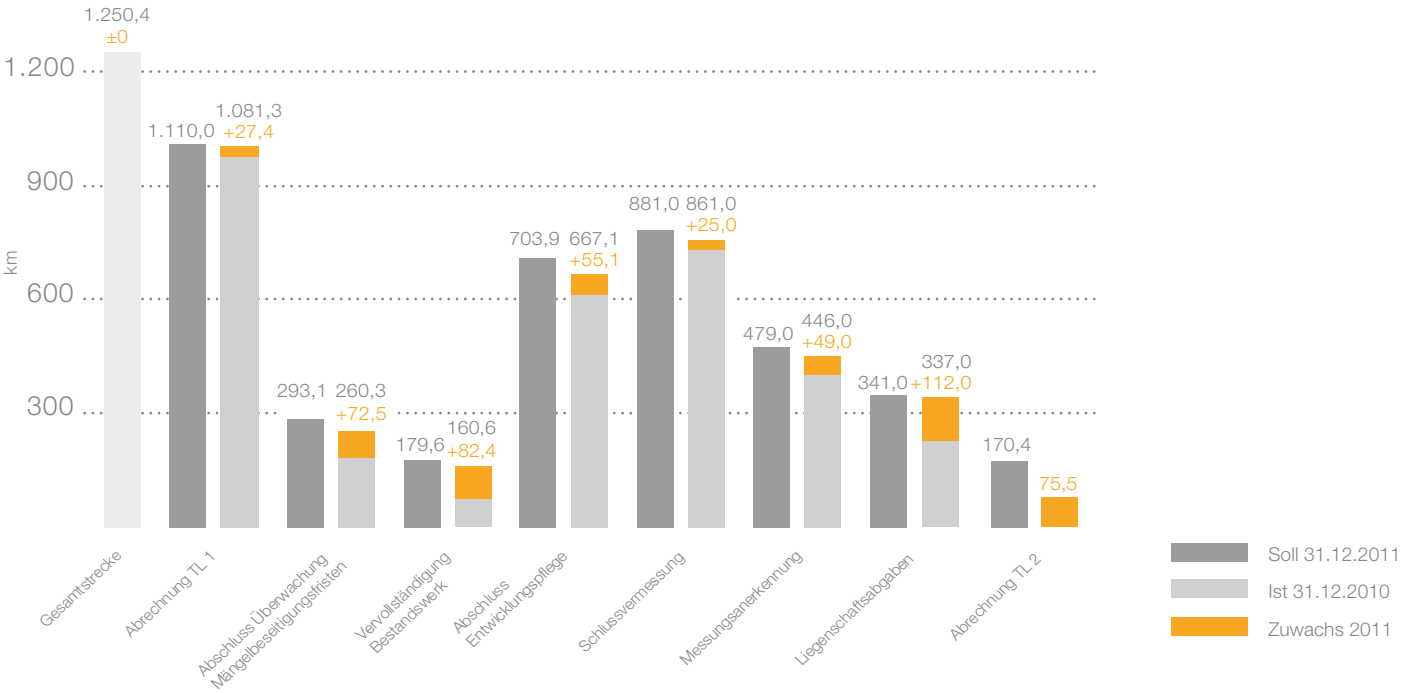
Stand VDE – Straße

Veränderung 2011 (km)



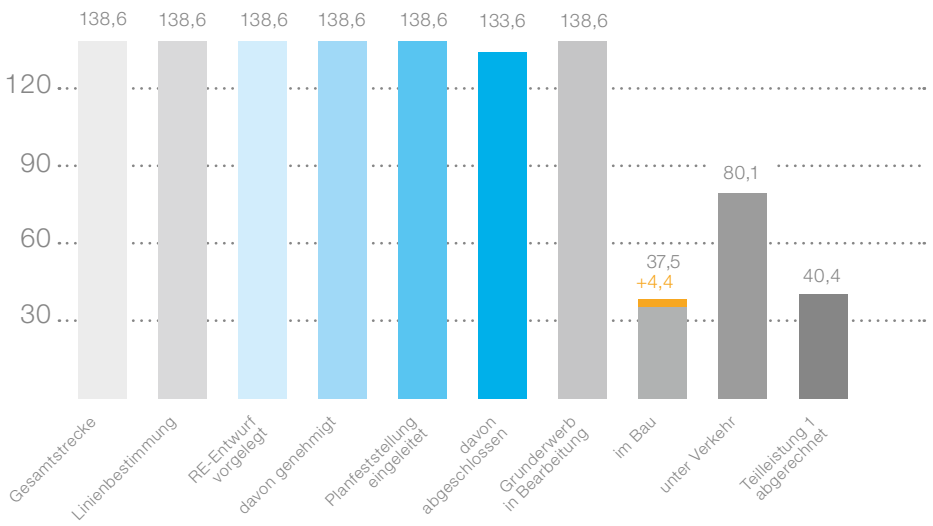
Von den VDE (1.250,4 km) sind bis auf die erst 2010 auf die DEGES übertragenen beiden Verkehrseinheiten des Projektes A 44 in Hessen, Sontra/Nord–Ulfen und Ulfen–Dreieck Wommen (A 4) alle Planfeststellungsverfahren eingeleitet oder bereits abgeschlossen.

Ebenso ist der Grunderwerb bis auf die Abschnitte in Hessen auf der gesamten Strecke in Bearbeitung.
Insgesamt sind 1.166,5 km (93,3 %) unter Verkehr und 43,4 km (3,5 %) im Bau.

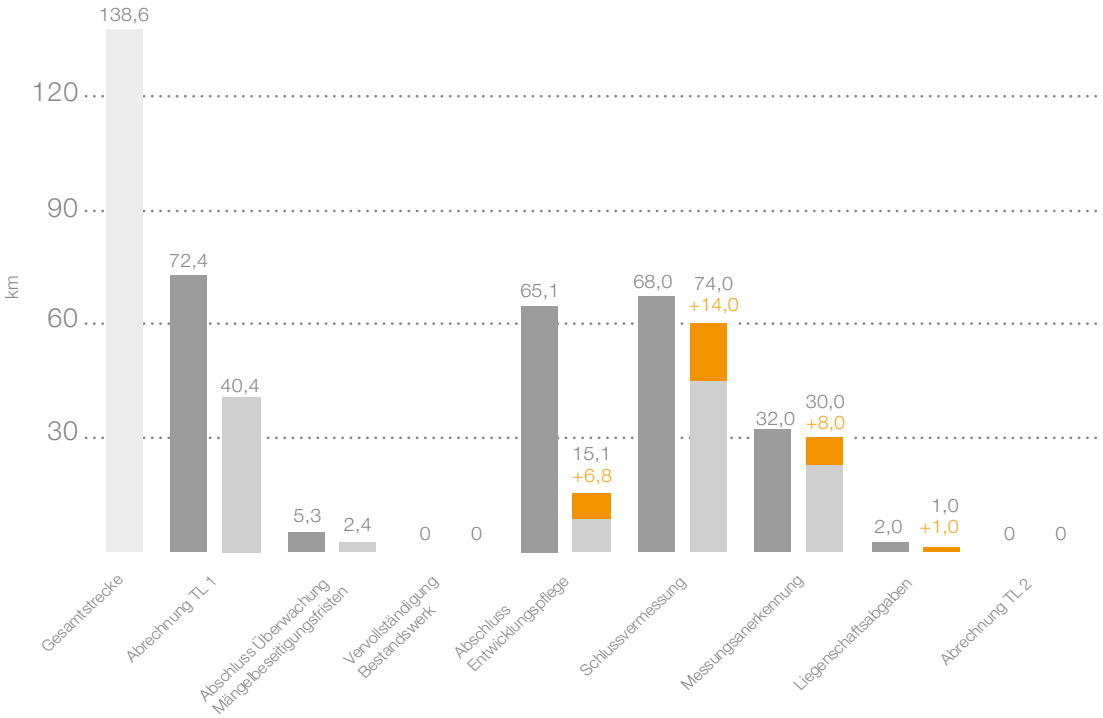


Stand VDE-Zubringer

Zuwachs 2011 (km)

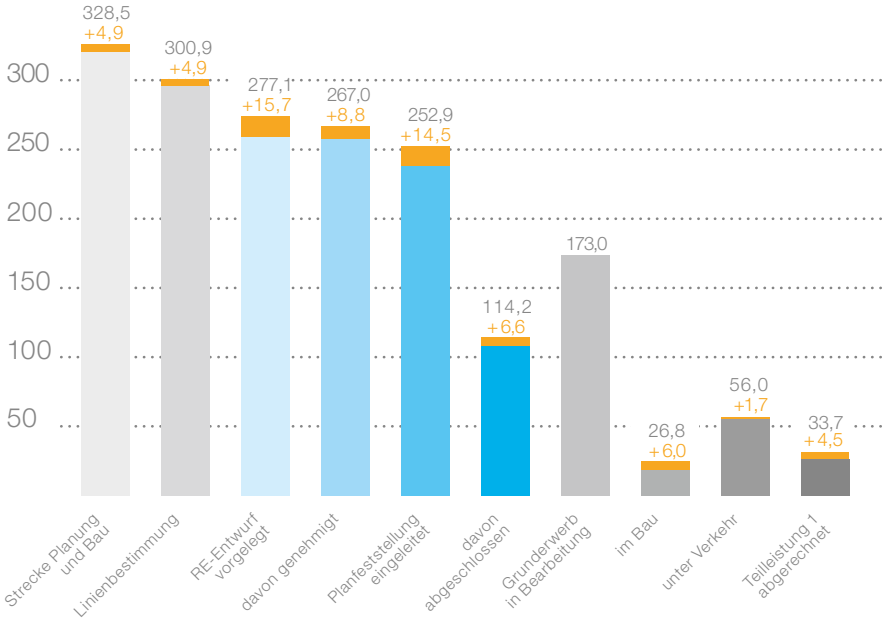


Bei den VDE-Zubringern (138,6 km) ist die Planung komplett abgeschlossen und der Grunderwerb ist auf der gesamten Strecke in Bearbeitung. Die fertiggestellte Strecke blieb mit 80,1 km (57,8 %) gegenüber 2010 unverändert. Zur Jahresmitte erfolgte der Baubeginn an der B 96n auf der Insel Rügen. Damit sind insgesamt 37,5 km (27,1 %) im Bau.



Sonstige Straßenprojekte – Planung und Bau

Zuwachs 2011 (km)



Sonstige Straßenprojekte betreut die DEGES insgesamt mit einer Länge von 545,8 km, davon:

→ 328,5 km Planung und Bau,

→ 25,2 km nur Bau und

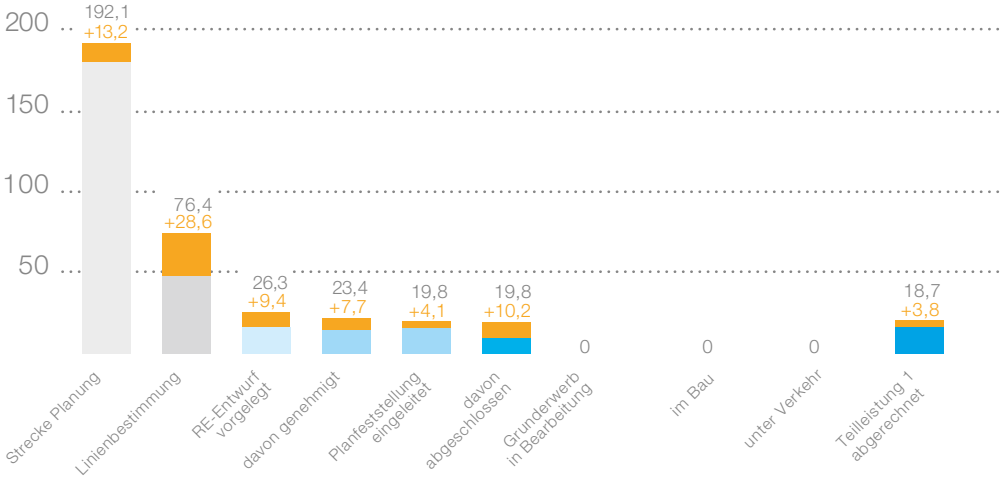
→ 192,1 km nur Planung.

Ausgehend von dieser Differenzierung ist eine globale Aussage zum Realisierungsstand der sonstigen Straßenprojekte wie bei den VDE oder deren Zubringern nicht möglich. Die diesbezüglich nachfolgenden Darstellungen erfolgen daher je Unterkategorie der sonstigen Straßenprojekte. Auf eine Darstellung der Projekte, die hinsichtlich der Baudurchführung auf die DEGES übertragen sind, wurde verzichtet, da deren Realisierung erst in den kommenden Geschäftsjahren beginnt.

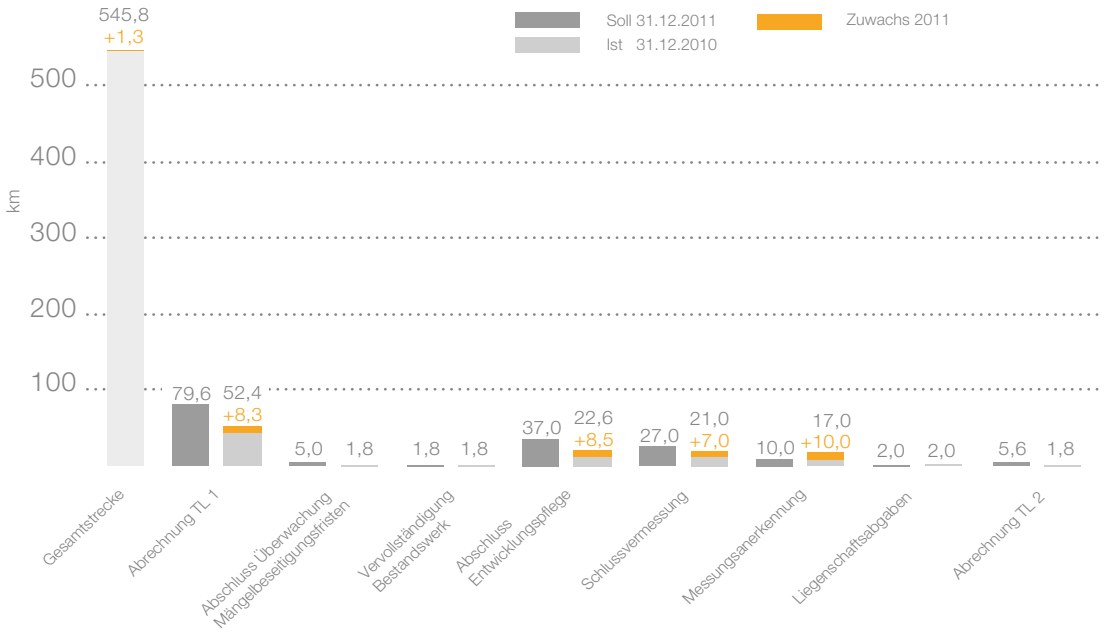
Hinsichtlich des Standes der Straßenprojekte wird auf die nachfolgende Detaildarstellung auf Seite 20 verwiesen.

Sonstige Straßenprojekte – Planung

Zuwachs 2011 (km)



Sonstige Straßenprojekte – Gesamt



Unabhängig von der Projektrealisierung erbringt die DEGES ihre Leistungen bei den Straßenprojekten gegenüber den Auftraggebern grundsätzlich in zwei Teilleistungen. Die erste Teilleistung betrifft die Planung und Baudurchführung bis zur Verkehrsfreigabe. Die zweite Teilleistung betrifft die verwaltungsmäßige Übergabe der Verkehrsabschnitte.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden weitere Leistungen der Teilleistung 1 abgerechnet. Bei den VDE konnten 2011 erstmals Leistungen der Teilleistung 2 abgerechnet werden. Die folgende Übersicht zeigt den Zuwachs der abgerechneten Teilleistungen sowie den kumulierten Stand:

	Zuwachs 2011 Länge km	Zuwachs 2011 Verwaltungskosten netto Mio. €	Stand gesamt Länge km (%)	Stand gesamt Verwaltungskosten netto Mio. €
Teilleistung 1				
VDE-Projekte – Straße	27,4	25,0	1.081,3 (86 %)	857,5
Straßenprojekte außerhalb VDE	8,3	1,3	92,8 (14 %)	48,8
Summe Teilleistung 1	**35,7**	**26,3**	**1.174,1 (61 %)**	**906,3**
Teilleistung 2				
VDE-Projekte – Straße	75,5	4,0	75,5 (6 %)	4,0
Straßenprojekte außerhalb VDE	0	0	1,8 (1 %)	0,1
Summe Teilleistung 2	**75,5**	**4,0**	**77,3 (1 %)**	**4,1**

Geschäftsvolumen

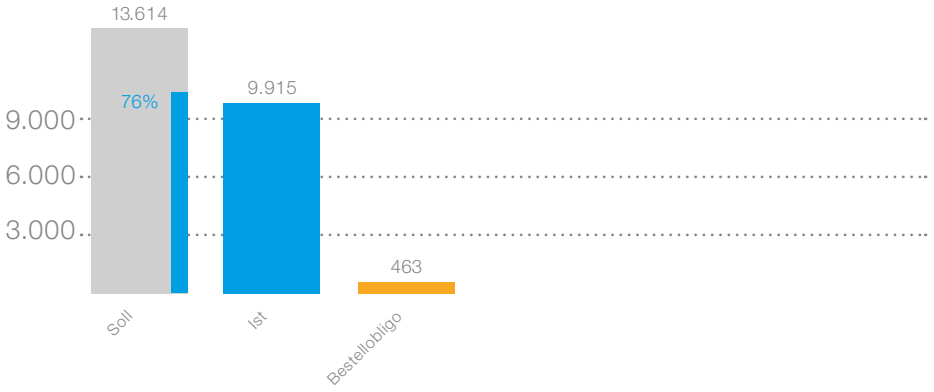
Im Fünfjahresvergleich wurden folgende Bau- und Grunderwerbsausgaben sowie Ingenieurkosten für die einzelnen Projekte aufgewendet und folgende Geschäftskosten (Personal- und Sachkosten) der DEGES waren für deren Umsetzung notwendig:

2011 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €		**Fünfjahresübersicht**
232	362	300	328	313	Bauausgaben (brutto)	**Straßenprojekte**
0	0,3				Erhaltung	
17 1	18	20	22	1	Entgelte für ÖPP (brutto): A-Model A 4 Verfügbarkeitsmodell A 9	
16	15	12	18	27	Grunderwerbsausgaben (brutto)	
41	42	28	25	25	Ingenieurkosten (netto)	
22	21	18	18	19	Geschäftskosten (netto)	
25	28	89	123	116	Projektkosten (netto)	**City-Tunnel Leipzig**
2	3	3	4	4	Geschäftskosten (netto)	
0,4	0,4	0,5	–	–	Projektkosten	**Wasserstraßenprojekte**
0,2	0,1	0,2	0,1		Geschäftskosten	
357	**490**	**471**	**538**	**505**		**Geschäftsvolumen**
33	50	59	20	58	Umsatzerlöse	
235	230	213	211	220	Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter einschließlich Geschäftsführung (in Personen)	
18	17	16	16	17	Personalaufwand (netto)	

Die unterschiedliche Darstellung der Kosten mit bzw. ohne Einbeziehung der Umsatzsteuer (brutto/netto) resultiert aus den abweichenden Möglichkeiten zum Vorsteuerabzug der jeweiligen Endverbraucher (Bund, DB Netz AG, DB Station & Service AG oder DEGES).
Die Reduzierung des Geschäftsvolumens 2011 im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus zeitlichen Streckungen der Projektverläufe infolge nicht ausreichender Haushaltsmittel sowie aus Verzögerungen bei der Baurechtschaffung (Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse bzw. vertiefende umweltfachliche Prüfungen).

Zweckausgaben Straßenbauprojekte kumuliert

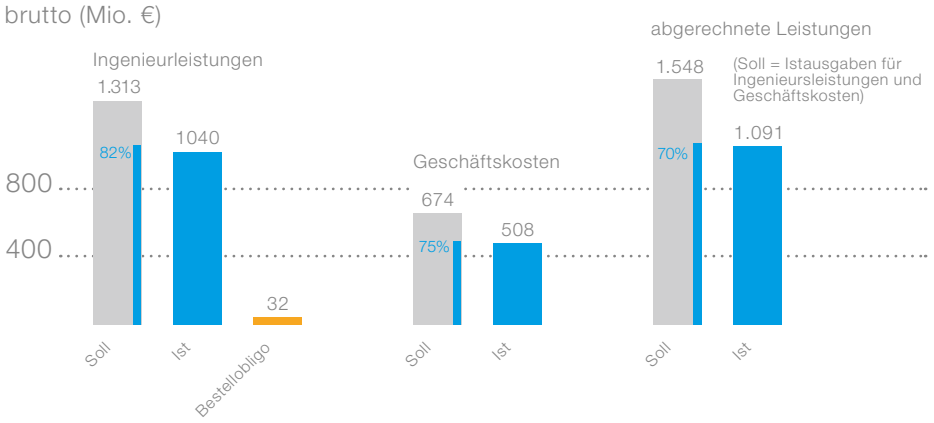
brutto (Mio. €)



Bei den Zweckausgaben für alle Straßenbauprojekte (Bau und Grunderwerb) haben die Ist-Ausgaben einschließlich des Bestellobligos aus Bauverträgen zum Ende des Berichtsjahres ein Volumen von etwa 10,4 Mrd. € und damit bereits 76 % der geplanten Kosten erreicht.

Verwaltungskosten kumuliert

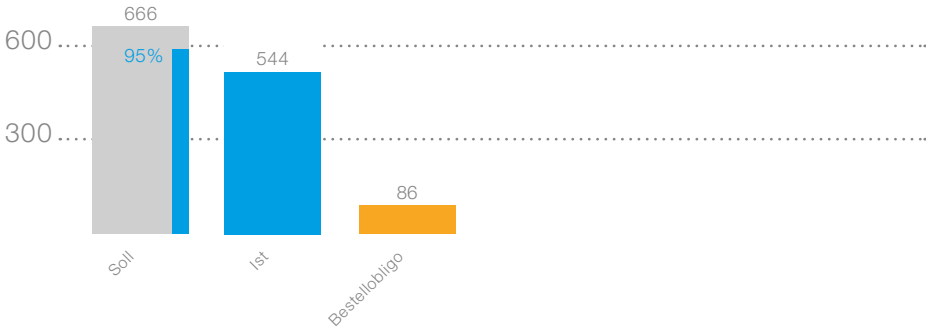
brutto (Mio. €)



Während bei den Ingenieurleistungen die Ist-Ausgaben und das Bestellobligo Ende 2011 mit ca. 1.072 Mio. € 82 % der Sollgröße erreicht haben, liegen die Geschäftskosten der DEGES erst bei 75 % der geplanten Kosten. Von den zum Bilanzstichtag insgesamt angefallenen Kosten konnten insgesamt 1.091 Mio. € gegenüber dem Bund und den Ländern abgerechnet werden.

Projektkosten City-Tunnel Leipzig (Projektteil Sachsen) kumuliert

netto (Mio. €)



Bis 31. Dezember 2011 wurden 544 Mio. € ausgegeben, weitere 86 Mio. € waren vertraglich gebunden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme per 31. Dezember 2011 hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs des Vorratsvermögens um ca. 31 Mio. € erhöht. Die entscheidenden Aktiva sind weiterhin die unter den Vorräten ausgewiesenen unfertigen Leistungen und geleisteten Anzahlungen.
Auf der Passivseite stehen diesen insbesondere die Mittelzuweisungen gegenüber.

Die Finanzierung der Gesellschaft ist gesichert und gestaltet sich bei den einzelnen Projekten wie folgt:

Die Bau- und Grunderwerbsausgaben (Zweckausgaben) bei den Straßen- und Wasserstraßenprojekten trägt fast ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland, bzw. bei Landesstraßen das jeweilige Bundesland. Die Kosten für Ingenieurleistungen sowie die Geschäftskosten der DEGES (Verwaltungskosten) werden bei den VDE – Straße mit Ausnahme der A 44 Kassel – Eisenach projekt- und länderbezogen je zur Hälfte vom Bund und dem jeweiligen Bundesland getragen. Bei der A 44, den Straßenprojekten außerhalb VDE und allen anderen übertragenen Aufgaben erfolgt die Finanzierung der Verwaltungskosten ausschließlich durch das jeweilige Land bzw. den jeweiligen Auftraggeber. Bei den Wasserstraßenprojekten erfolgt die Finanzierung der Geschäftskosten über die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost, während die Ingenieurkosten hier zu den Zweckausgaben gehören.

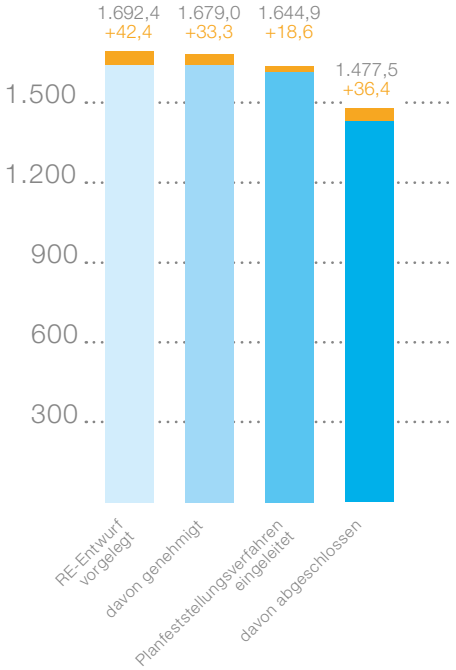
Beim Projekt City-Tunnel Leipzig werden die Bau-, Grunderwerbs- und Ingenieurkosten (hier Projektkosten genannt) von der DB Netz AG bzw. der DB Station & Service AG getragen, die sich wiederum fast ausschließlich beim Freistaat Sachsen bzw. dem Bund refinanzieren. Die Geschäftskosten der DEGES trägt der Freistaat Sachsen.

Auf dieser Grundlage hat die DEGES im Berichtsjahr folgende Mittelzuweisungen erhalten:

Straßenprojekte (brutto in Mio. €)		City-Tunnel Leipzig (brutto in Mio. €)		Wasserstraßenprojekte (brutto in Mio. €)		vom/von
für Zweckausgaben	für Verwaltungskosten	für Projektkosten	für Geschäftskosten	für Projektkosten	für Geschäftskosten	
147,0	10,1					Bund
	0,1					davon für sonst. Dienstleistungen
7,0	4,5					Brandenburg
9,8	18,9					Bremen
2,6	*15,0*					*davon Vertragsübernahmen*
4,3	8,3					Hamburg
	1,5					Hessen
7,6	5,7					Mecklenburg-Vorpommern
	0,7					*davon Vertragsübernahmen*
60,0	7,7		2,8			Sachsen
0,1	1,7					Sachsen-Anhalt
2,0	2,3					Schleswig-Holstein
28,8	11,6					Thüringen
		25,0				DB Netz AG / DB Station & Service AG
				0,4	0,2	WSD Ost
266,6	**72,3**	**25,0**	**2,8**	**0,4**	**0,2**	**Insgesamt**
2,6	*15,8*					*davon Vertragsübernahmen*

Planungsstand

Zuwachs 2011 (km)



Im Jahr 2011 hat die DEGES die Arbeiten zur Einleitung bzw. zum Abschluss der noch ausstehenden Planfeststellungsverfahren weiter vorangebracht.

Zum 31. Dezember 2011 waren 167,4 km Strecke im Planfeststellungsverfahren. Zwei noch ausstehende Planfeststellungsbeschlüsse für VDE-Abschnitte und deren Zubringer werden im Jahr 2012 erwartet.

Für die Gesamtstreckenlänge von 1.939 km sind zu 85 % die RE-Entwürfe vorgelegt und genehmigt. 84 % der Planfeststellungsverfahren sind eingeleitet. Davon sind rund 90 % abgeschlossen.

Diese Zahlen stehen für kurze Realisierungszeiträume. Die Planungszeiten liegen mit Ausnahme von einzelnen außergewöhnlich komplexen Aufgabenstellungen durchschnittlich bei zwei- bis zweieinhalb Jahren. Das anschließende Verfahren, um das öffentliche Baurecht zu erreichen, dauert im Durchschnitt weitere 20 Monate. Bei Erteilung des Baurechts kann bei sichergestellter Finanzierung mit der Baumaßnahme begonnen werden, da der Grunderwerb vor und während dieser Verfahren erfolgt. Insgesamt liegen damit bei DEGES-Projekten zwischen Planungs- und Baubeginn in der Regel vier Jahre.

Grunderwerb

Ende 2011 erfolgte der Grunderwerb auf einer Gesamtstrecke von 1.536,2 km. Der derzeitige Flächenbedarf für die Trasse sowie die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beträgt pro Kilometer Strecke im Durchschnitt 20,2 ha (Ausbau 13,2 ha, Neubau ca. 24,8 ha).

Flächensicherung

Der Zuwachs betrug im Berichtszeitraum im freihändigen Grunderwerb 373 ha. Dazu waren Verhandlungen mit 646 Eigentümern über 886 Flurstücke notwendig.

Von den laufenden Verfahren zur Besitzeinweisung bzw. Enteignung wurden 2011 sieben einvernehmlich abgeschlossen. Neu eingeleitet worden sind 13 Verfahren zur Besitzeinweisung und zwei Verfahren zur Enteignung und Entschädigungsfestsetzung.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2011 die 51 laufenden Flurbereinigungsverfahren in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fachlich begleitet. Für acht Verfahren in Sachsen-Anhalt liegen die rechtskräftigen Ausführungsanordnungen (§ 61 FlurbG) vor.

Mit einem Zuwachs von 590 Kauf- und Dienstbarkeitsverträgen sowie Landverzichtserklärungen wurden bisher 18.839 ha des Gesamtflächenbedarfes in Eigentum überführt, das sind rund zwei Drittel aller gesicherten Flächen.
Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Anzahl der abgeschlossenen Messungsanerkennungs- und Auflassungsverträge um 1.032 auf insgesamt 8.358.

Schlussvermessung

Auf 1.400 km Streckenlänge, einschließlich der Flurbereinigungsverfahren, ist die Schlussvermessung beauftragt. Mit einem Jahreszuwachs von 44 km lagen bis Ende 2011 insgesamt für 953 km die amtlichen Vermessungsergebnisse vor.

Zum Jahresende 2011 waren 85 öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, darunter ein Vermessungsamt, im Auftrag der DEGES im Einsatz.

Liegenschaftsabgabe

Gegenwärtig werden auf Grundlage der mit den Ländern abgestimmten Modalitäten zur Liegenschaftsabgabe Teilabschnitte der Projekte abgegeben bzw. zur Abgabe vorbereitet. An die Bundesstraßenverwaltung der Länder sowie an Dritte (wie Landkreise und Gemeinden) wurden 3.280 ha abgegeben. Für weitere 3.765 ha ist die Abgabe an die Stiftung Umwelt- und Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern bzw. die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erfolgt.

Verwaltungskosten

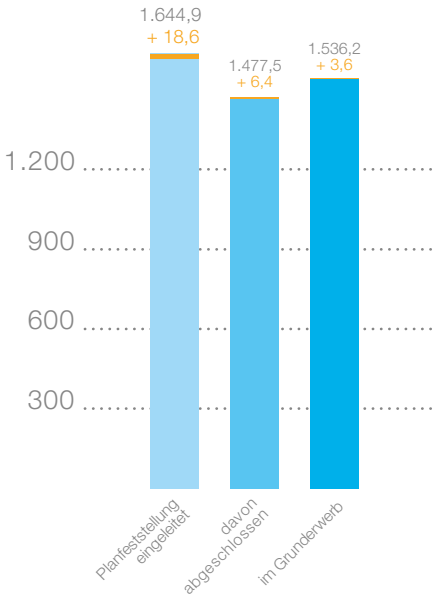
Der gesamte Aufwand für die Bereitstellung der erforderlichen Flächen betrug bis Ende 2011 im Durchschnitt 2.514 € je Hektar. Das sind ca. 14,1 % der durchschnittlichen Erwerbskosten.

Grunderwerbsausgaben

Die gesamten Ausgaben für den Erwerb der benötigten Flächen lagen im Geschäftsjahr bei rund 16 Mio. €. Darin sind neben dem Kaufpreis auch alle Entschädigungen der Eigentümer bzw. Pächter, Gebühren (Notar, Gutachter, Ämter etc.) sowie Ausgaben für Liegenschaftsvermessung, Lärmschutz, Ausführungs- und Verfahrenskosten der Flurbereinigung enthalten.
Bislang wurden 558 Mio. € für den Grunderwerb ausgegeben, davon rund 91 Mio. € für die Liegenschaftsvermessung. Das entspricht etwa 6 % der derzeit verausgabten Baukosten.

Stand Grunderwerb

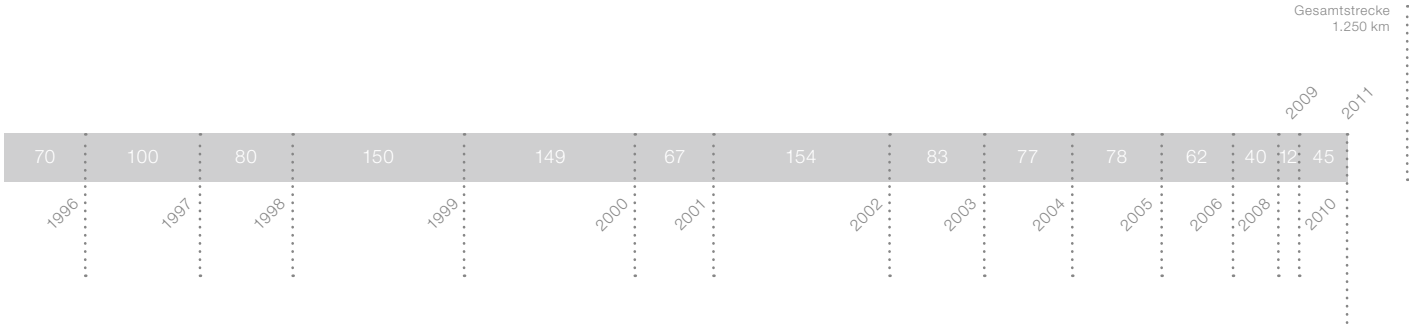
Stand 2011 (km)



Bauleistung

Fertiggestellte Strecke Autobahn VDE

Zuwachs 2011 (km)

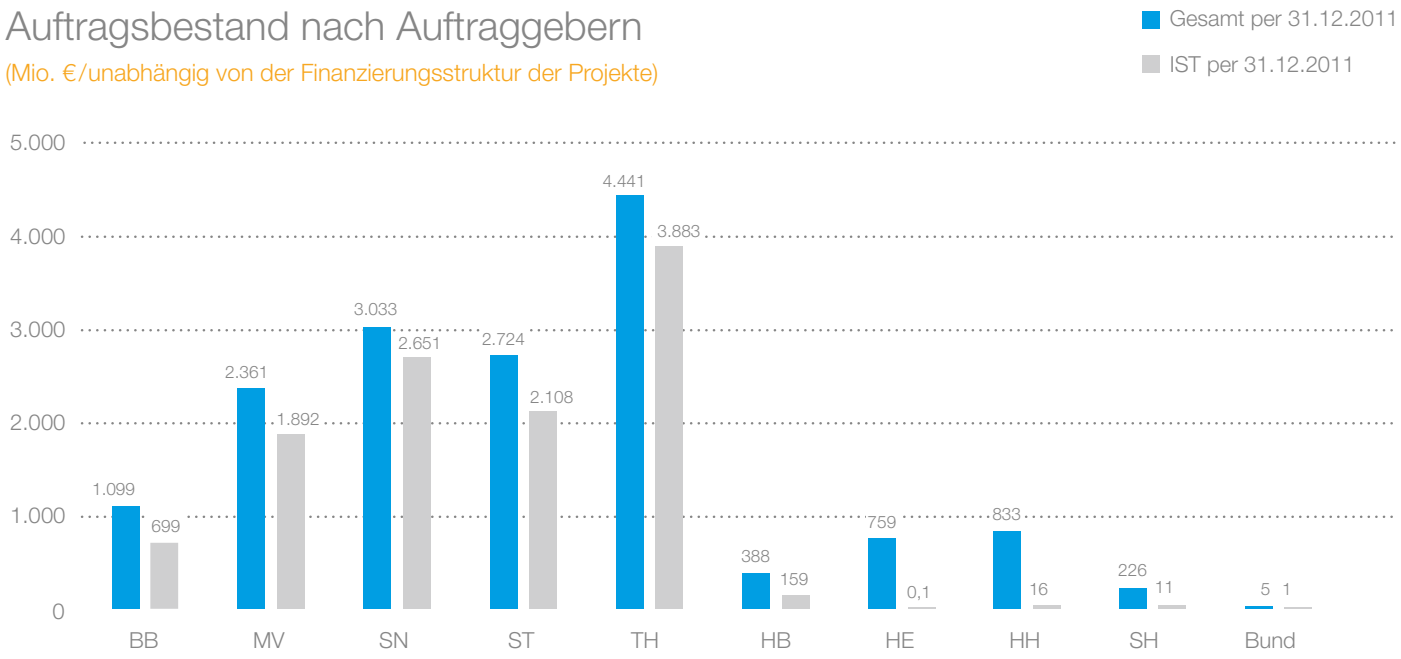


Zum Ende des Berichtsjahres waren ca. 1.167 km (rd. 93 %) der VDE-Maßnahmen unter Verkehr, weitere ca. 43 km (ca. 3 %) waren im Bau.

Von den VDE-Zubringern mit einer Gesamtstreckenlänge von 139 km befanden sich am Bilanzstichtag 37,5 km im Bau, rund 80 km waren bereits unter Verkehr.

Auftragsbestand nach Auftraggebern

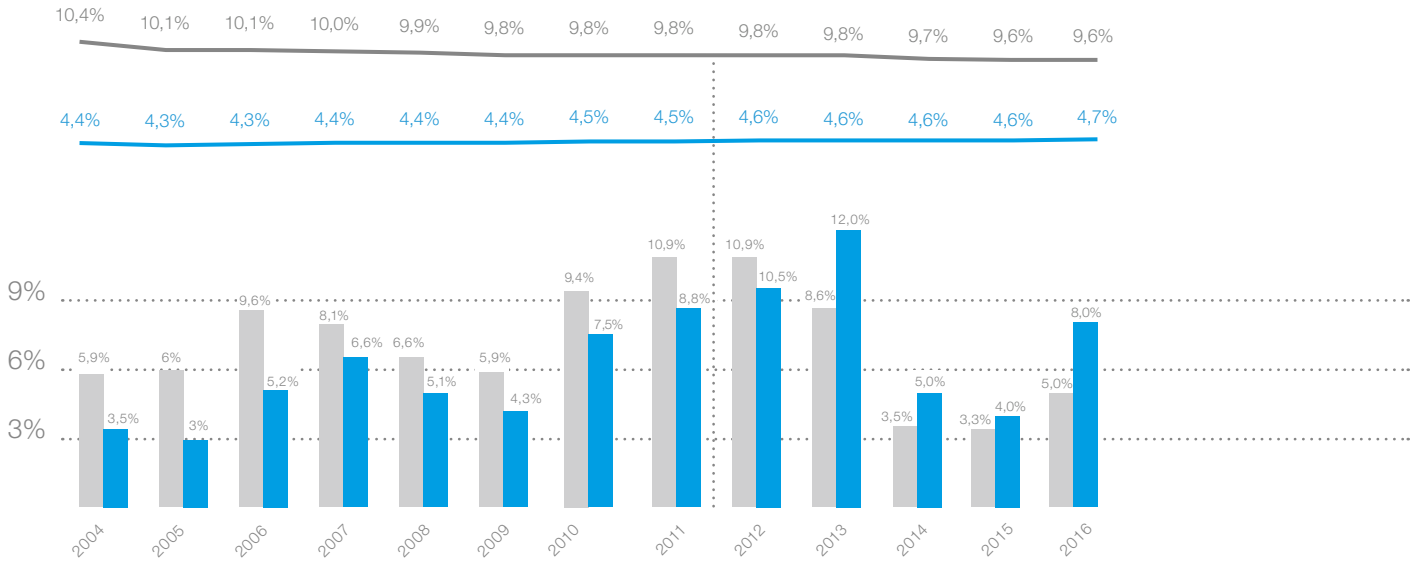
(Mio. €/unabhängig von der Finanzierungsstruktur der Projekte)



Leistungsbezogene Kennzahlen

Verhältnis der kumulierten Werte und Verhältnis der Jahreswerte

Ingenieurleistungen (brutto)/Geschäftskosten (brutto)



Die Gesellschaft hat 2011 die Analyse der einzelnen Kostenarten und -relationen sowohl in den Planungs- und Bauphasen als auch im Grunderwerb der Projekte fortgesetzt und in Kennzahlen dargestellt.

Zentrale Kennzahlen bei den Straßenprojekten sind weiterhin das Verhältnis der Verwaltungskosten zuzüglich Umsatzsteuer (Ingenieur- und Geschäftskosten) zu den Zweckausgaben (Bau- und Grunderwerbsausgaben), die Kosten je Kilometer Strecke sowie die Kosten je Hektar erworbener Fläche im Grunderwerb. Diese Benchmarks dienen der internen Steuerung und Sicherstellung einer wirtschaftlichen Projektabwicklung.

Betrachtet man den bisherigen Geschäftsverlauf und dessen Prognose bis 2016, so ergibt sich für die VDE – Straße[1] das oben dargestellte Verhältnis der Verwaltungskosten zu den Zweckausgaben (aktuelle Zweckausgaben = 100 %).

Das dargestellte Verhältnis der kumulierten Verwaltungskosten zu den kumulierten Zweckausgaben ist in der Zukunft allerdings nur dann zu realisieren, wenn es gelingt, weiterhin den Personalbestand am Aufgabenumfang auszurichten. Ein Maßstab hierfür ist das Verhältnis der jeweiligen Jahreswerte, das neben der eigentlich entscheidenden Kennzahl der kumulierten Werte ebenfalls ausgewiesen ist.

Der Anstieg der Jahreswerte ab 2012 resultiert zum einen aus den niedrigeren Zweckausgaben in diesen Jahren infolge der Vorgaben der Haushalte bzw. Verzögerungen in der Projektrealisierung auf Grund langandauernder Verwaltungsgerichts- und Vergabeprüfverfahren. Daneben erhöhen geänderte Vorgaben im Umweltbereich bzw. zusätzliche Anforderungen im Rahmen der Baurechtsschaffung die Verwaltungskosten. Ab 2014 steigen die Zweckausgaben vorbehaltlich der Finanzierung infolge der dann beginnenden Bauarbeiten in den noch offenen Projekten erneut an und verringern die Relation von Verwaltungskosten zu Zweckausgaben dann wieder deutlich.

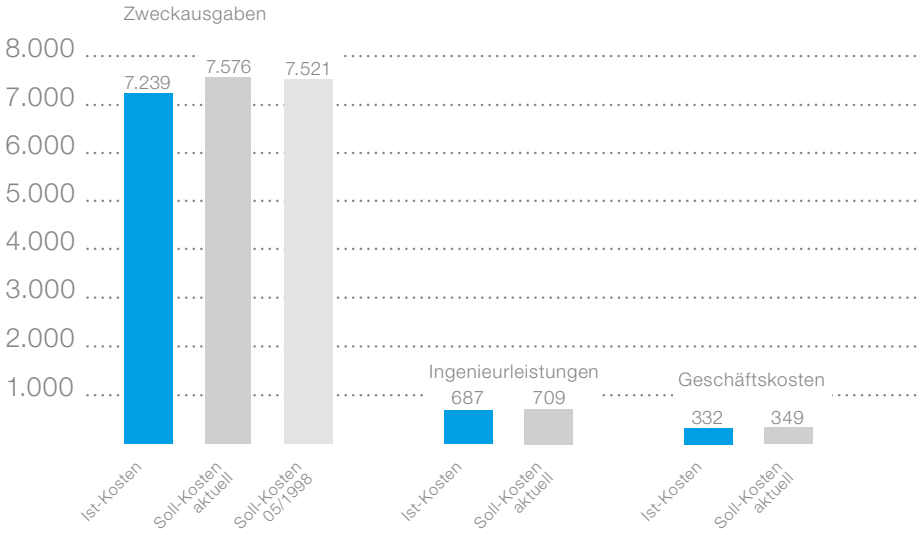
[1] Ohne die Projekte A-Modell A 4 Hörselberge, Verfügbarkeitsmodell A 9 AS Lederhose – Lgr. TH/BY sowie A 44 AS Waldkappel – AD Wommen (A 4/A 44). Diese Projekte können nicht in den Vergleich einbezogen werden, da die DEGES hier nicht alle Leistungsphasen betreut.

Das Verhältnis der kumulierten Werte ist infolge des Anstiegs der Jahreswerte im Zeitraum von 2012 bis 2016 ebenfalls gestiegen. Danach werden sich die kumulierten Werte infolge der höheren Zweckausgaben pro Jahr wieder verringern und nach der aktuellen Planung einen Gesamtwert von 14 % erreichen.

Bis zum Abschluss der Projekte strebt die Geschäftsführung bei den VDE einen Prozentsatz der Verwaltungskosten an den Zweckausgaben von deutlich unter 15 % an. Die genannten Zweckausgaben beziehen sich dabei auf den Stand vom Mai 1998, der ersten belastbaren haushaltsmäßigen Veranschlagung der Bau- und Grunderwerbskosten.

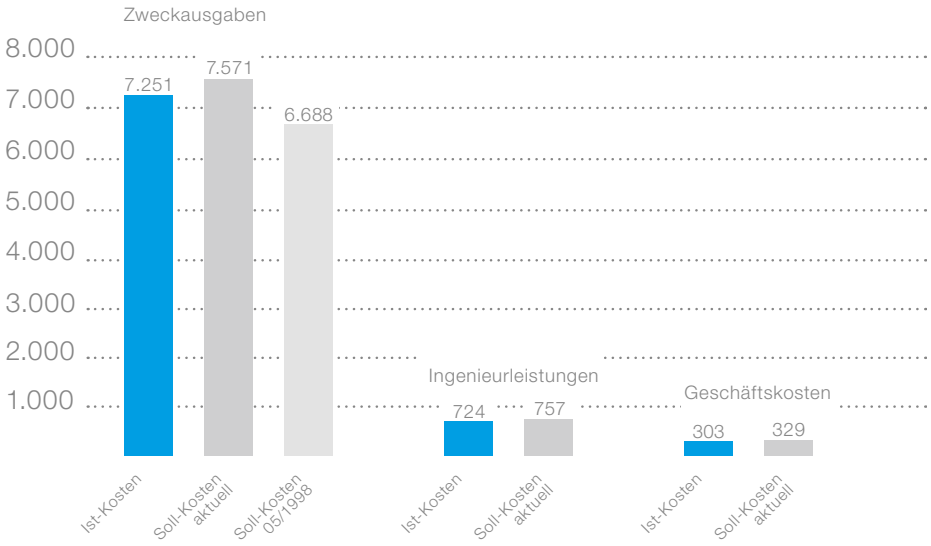
VDE vierstreifiger Neubau

Vergleich Kosten je km **VDE** vierstreifiger Neubau (Tsd. € brutto)



VDE sechsstreifige Erweiterung

Vergleich Kosten je km **VDE** sechsstreifige Erweiterung (Tsd. € brutto)



Weitere wichtige Kennzahlen sind die Zweckausgaben und Verwaltungskosten je Kilometer fertiggestellter Strecke bzw. je Hektar benötigter Fläche. Die Kilometer-Kosten für die VDE – Straße werden nach den Kriterien vierstreifiger Neubau und sechsstreifige Erweiterung[1] getrennt ausgewiesen und stellen sich wie in den nebenstehenden Grafiken gezeigt dar (ohne A 44).

Die aktuellen Planwerte liegen im Bereich des vierstreifigen Neubaus um 55 Tsd. € pro Kilometer und im Bereich der sechsstreifigen Erweiterung um 883 Tsd. € pro Kilometer höher als die im Jahr 1998 veranschlagten Werte. Dies liegt insbesondere an den Kostensteigerungen in den aktuell laufenden Projekten für Materialien und Löhne. Die Verhältnisse der aktuellen Soll-Verwaltungskosten zu den Soll-Zweckausgaben aktuell bzw. 1998 betragen beim vierstreifigen Neubau 13,95 % bzw. 14,06 % sowie bei der sechsstreifigen Erweiterung 14,33 % bzw. 16,22 %.

Betrachtet man die im Grunderwerb benötigten Flächen bzw. anfallenden Kosten je Streckenkilometer, ergeben sich folgende Kennzahlen:

Durchschnittlicher kumulierter Flächenbedarf 2011 in ha/km einschließlich Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

→ VDE-Projekte	21,6
→ Straßenprojekte außerhalb VDE	15,7
→ Erweiterungsstrecken (alle Projekte)	13,2
→ Neubaustrecken (alle Projekte)	24,8

Durchschnittliche kumulierten Erwerbskosten in €/ha (inklusive aller Entschädigungen, Nebenkosten und Gebühren) 17.800

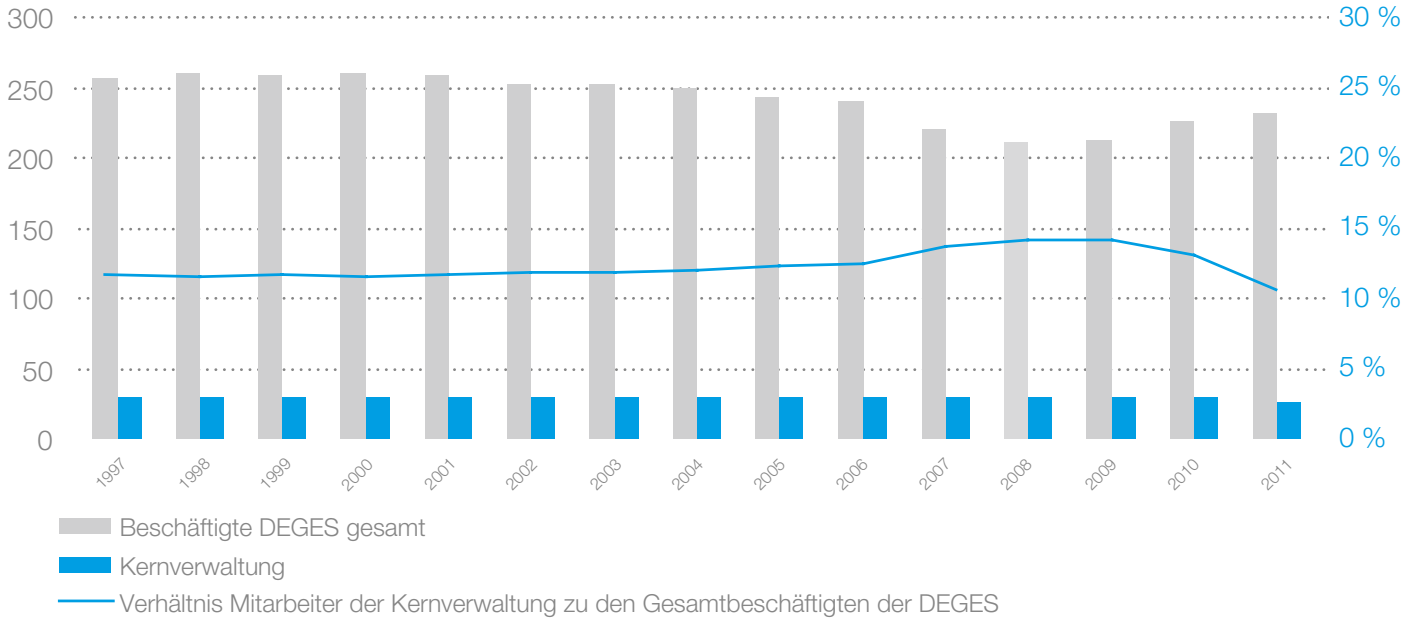
Verwaltungskosten in €/ha 2.500

[1] Ohne die Projekte A-Modell A 4 Hörselberge, Verfügbarkeitsmodell A 9 AS Lederhose – Lgr. TH/BY sowie A 44 AS Waldkappel – AD Wommen (A 4/A 44).

Personalentwicklung

Prozentuales Verhältnis Mitarbeiteranzahl der Kernverwaltung zur Gesamtbelegschaft

Beschäftigte DEGES Gesamt / Kernverwaltung



Am Ende des Geschäftsjahres betrug der Personalbestand (ohne Geschäftsführung) 234 Mitarbeiter. Davon waren 164 im technischen Geschäftsbereich, 59 im kaufmännisch-juristischen Geschäftsbereich sowie 11 in den der Geschäftsführung gemeinsam zugeordneten Organisationseinheiten tätig. Zwei Auszubildende absolvieren zurzeit eine Ausbildung zum Bürokaufmann.

Von der durchschnittlichen Gesamtbelegschaft (235 Mitarbeiter einschließlich Geschäftsführung) waren 28 Mitarbeiter in der Kernverwaltung (Finanz- und Rechnungswesen, Personal und allgemeine Verwaltung) tätig. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Verhältnis der Mitarbeiteranzahl der Kernverwaltung zur Gesamtbelegschaft damit reduziert und seit 1997 insgesamt wie oben dargestellt entwickelt.

Bericht des Aufsichtsrates / Jahresabschluss

Bericht des Aufsichtsrates 2011

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2011 haben vier Sitzungen und zwei schriftliche Abstimmungen stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat sich von der Geschäftsführung über die wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Lage des Unternehmens, insbesondere durch die Vorlage von Vierteljahresberichten sowie die regelmäßige Berichterstattung über den Stand der einzelnen Projekte während der Sitzungen informieren lassen.

Besondere Schwerpunkte waren im Geschäftsjahr 2011:

- der Abschluss der Abwicklungs- und Abrechnungsvereinbarung mit Bund und Ländern für die VDE-Projekte,
- die Fortschreibung bzw. Erarbeitung von aktuellen Termin- und Kostenplänen für die weitere Projektabwicklung und Beschleunigung der Teilleistungsabrechnung,
- die Diskussion eines möglichen Beitrages der DEGES zum Ausbau der Stromtrassen,
- die Prognose des zukünftigen Mitarbeiterbedarfs,
- die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung 2010 sowie
- die Einhaltung der Regularien des Datenschutzes.

Der Wirtschaftsprüfer attestiert der Geschäftsführung, dass die Berichte an den Aufsichtsrat einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens vermitteln.

Allen zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurde vom Aufsichtsrat während seiner Sitzungen bzw. im schriftlichen Verfahren zugestimmt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 sind im Auftrag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates durch die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Auch die zusätzliche Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) hat nach Feststellung der Wirtschaftsprüfer keine Besonderheiten ergeben, die Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geben könnten.

Der Prüfungsbericht liegt allen Aufsichtsräten vor.

Der Aufsichtsrat hat auf der Grundlage seiner eigenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes während seiner 88. Sitzung den Prüfungsbericht mit dem Wirtschaftsprüfer ausführlich erörtert und zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt.

Stolberg/Südharz, 30. März 2012

DER AUFSICHTSRAT

MDir Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing.
E. h. Josef Kunz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, Berlin, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 8. März 2012

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ppa.

Nienhoff
Wirtschaftsprüfer

Raudszus
Wirtschaftsprüfer

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA	31.12.2011 €	31.12.2010 €
A Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Software	451.536,00	283.255,00
2. Geleistete Anzahlungen	75.000,0	0,00
	526.536,00	283.255,00
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen	0,00	0,00
2. Geschäftsausstattung	1.375.492,00	1.155.637,00
	1.375.492,00	1.155.637,00
III. Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	644,00	644,00
	1.902.672,00	1.439.536,00
B Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Unfertige Leistungen	300.744.698,96	280.055.051,37
2. Geleistete Anzahlungen	79.394.047,62	69.346.438,00
3. Anzahlungen auf Drittverträge	6.739.562,02	4.819.465,14
	386.878.308,60	354.220.954,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	329.183,74	322.796,31
	329.183,74	322.796,31
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	5.878.576,61	7.967.426,32
	393.086.068,95	362.511.177,14
C Rechnungsabgrenzungsposten	258.681,27	257.062,76
D Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	51.238,84	58.308,12
	395.298.661,06	**364.266.084,02**

PASSIVA	31.12.2011 €	31.12.2010 €
A Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	51.500,00	51.500,00
II. Gewinnrücklage	18.500,00	18.500,00
III. Gewinnvortrag	10.300,00	5.150,00
IV. Jahresüberschuss	5.150,00	5.150,00
	85.450,00	80.300,00
B Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	450.685,00	434.857,00
2. Steuerrückstellungen	51.150,00	36.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	3.419.778,32	2.965.026,71
	3.921.613,32	3.435.883,71
C Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.496.517,10	1.153.434,81
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	388.293.712,18	357.073.593,86
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.501.368,46	2.522.871,64
davon aus Steuern	(1.498.754,43)	(2.522.871,64)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0)	(0)
	391.291.597,74	360.749.900,31
	395.298.661,06	**364.266.084,02**

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

1. Allgemeine Angaben

Dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 liegen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften sowie die ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zugrunde.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren verwendet.

Die DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (im Folgenden kurz „DEGES“ genannt) ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB i. V. m. 267 Abs. 4 HGB.

2. Erläuterungen zur Bilanz, einschließlich Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz zum 31. Dezember 2011 wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt.

2.1 Anlagevermögen

Die Veränderungen der einzelnen Posten im Geschäftsjahr 2011 sind in der Entwicklung des Anlagevermögens auf Seite 46/47 dargestellt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (Software) sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Die Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerrechtlich anerkannten Nutzungsdauern. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert zwischen 150 € und 1.000 € werden weiterhin gemäß § 6 Abs. 2a EStG zu einem Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst.

Die Finanzanlagen betreffen eine Kaution für eine betrieblich notwendige Mitarbeiterwohnung, die zum Nennwert angesetzt ist.

2.2 Vorräte

Die zu Herstellungskosten bewerteten unfertigen Leistungen umfassen die Verwaltungskosten der Gesellschaft. Sie werden auf Selbstkostenerstattungsbasis gegenüber den Auftraggebern zum Zeitpunkt der jeweiligen Teilleistungserbringung abgerechnet.

Die geleisteten Anzahlungen betreffen bezogene Ingenieurleistungen und sind nach der Netto-Methode (ohne Umsatzsteuer) bilanziert.

Für einige von der Bundesrepublik Deutschland bzw. den Ländern abgeschlossene, aber nicht auf DEGES übertragene Verträge (Drittverträge) wird die finanzielle Abwicklung übernommen.

Die Vorräte haben sich aufgrund der weiteren Projektabarbeitung sowie der Abrechnung von Teilleistungen für die Straßenprojekte wie folgt verändert:

	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Vorräte			
Unfertige Leistungen	300.745	280.055	20.690
Geleistete Anzahlungen	79.394	69.346	10.048
Zahlungen auf Drittverträge	6.739	4.820	1.920
Gesamt	**386.878**	**354.211**	**32.657**

2.3 Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mehr ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel (Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nominalwert bewertet.

2.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen im Wesentlichen aufgrund der Fälligkeitsvereinbarung die Ende Dezember für Januar des Folgejahres überwiesene Gehälter.

2.5 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Die bis zum Jahr 2009 in der Position 2.3 enthaltenen Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für mitarbeiterfinanzierte Pensionszusagen wurden in Höhe von 355 Tsd. € gemäß den Neuregelungen des BilMoG mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von 304 Tsd. € verrechnet.

Die Bewertung der Forderungen erfolgte in Höhe des geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals abzüglich vorhandener Guthaben aus Beitragsrückerstattungen.

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen liegen die Wahrscheinlichkeitswerte nach den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Bei der Festlegung des Rechnungszinssatzes von 5,13 % wurde von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2, S. 2 HGB (pauschaler Ansatz des von der Deutschen Bundesbank zum 31. Oktober 2011 veröffentlichten Zinssatzes mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren) Gebrauch gemacht.

Die Ermittlung der Erfüllungsbeträge für die Pensionsverpflichtungen aus den arbeitnehmerfinanzierten Pensionszusagen genügen sowohl dem modifizierten Teilwertverfahren als auch dem PUC-Verfahren, beide führen zu identischen Ergebnissen. Da die Zusagen nicht gehaltsabhängig sind, ist ein Gehaltstrend nicht zu berücksichtigen. Weiterhin handelt es sich um Kapitalzusagen, daher ist die Berücksichtigung eines Rententrends nicht erforderlich. Insgesamt ergibt sich ein Abzinsungsbetrag in Höhe von 15 Tsd. €.

2.6 Eigenkapital

Am gezeichneten Kapital von 51,5 Tsd. € sind die Bundesrepublik Deutschland mit 18,2 Tsd. € sowie die Länder Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Freistaat Thüringen mit jeweils 3,7 Tsd. € beteiligt. Die Bewertung des Eigenkapitals erfolgt gemäß § 283 HGB mit dem Nennwert.

2.7 Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen die Pensionszusagen an ehemalige und aktive Geschäftsführer. Die bis zum Jahr 2009 hier zusätzlich ausgewiesene Pensionsrückstellung auf Pensionszusagen im Rahmen der arbeitnehmerfinanzierten Alterszusatzversorgung wurde wie beschrieben in die Ziffer 2.5 umgegliedert.

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen liegen die Wahrscheinlichkeitswerte nach den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Bei der Festlegung des Rechnungszinssatzes von 5,14 % wurde von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2, S. 2 HGB (pauschaler Ansatz des von der Deutschen Bundesbank für Dezember 2011 veröffentlichten Zinssatzes mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren) Gebrauch gemacht.
Die Erfüllungsbeträge für die Pensionsverpflichtungen an die Geschäftsführer zum Bilanzstichtag wurden mittels der Projected Unit Credit Method (PUC) ermittelt.
Dabei wurden ein Gehaltstrend von 2,3 % und ein Rententrend von 1 % zugrunde gelegt. Insgesamt ergibt sich ein Aufzinsungsbetrag in Höhe von 22 Tsd. €.

Sonstige Rückstellungen bestehen insbesondere für:
- Prozesskosten (1.822 Tsd. €),
- Abschlussvergütungen und Leistungszulagen (589 Tsd. €),
- Urlaubsverpflichtungen (601 Tsd. €) sowie
- ungewisse Verbindlichkeiten aus Ingenieurverträgen (226 Tsd. €).

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzaufstellung bekannt gewordenen ungewissen Verbindlichkeiten, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind mit dem vernünftigen kaufmännischen Wert angesetzt. Bei der Ermittlung der Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden die Abzinsungssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB angesetzt. Außerdem wurden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt, mit Ausnahme bei den Prozesskosten-Rückstellungen. Da sich die Höhe der geschätzten Rechtsanwaltskosten am RVG (Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte) orientiert, sind hier keine rückwirkenden Erhöhungen der Rechtsanwaltsgebühren für bereits erteilte Mandate zu befürchten. Im Detail wurden für sonstige Rückstellungen folgende Ab- und Aufzinsungen vorgenommen:

	Aufzinsung in Tsd. €	Abzinsung in Tsd. €
Prozesskosten-Rückstellung	0,0	6,1
Rückstellung für Archivierung	0,6	1,3

2.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen im Wesentlichen die unter den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesenen Mittelzuweisungen der Bundesrepublik Deutschland und der Länder zur Finanzierung der Verwaltungskosten der Gesellschaft.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Insgesamt bestehen Verbindlichkeiten mit voraussichtlich folgenden Restlaufzeiten (siehe unten).

2.9 Latente Steuern

Latente Steuern ergeben sich als Differenz zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen aufgrund der Neuregelungen des BilMoG. Da es insgesamt zu einem Überhang der aktiven über die passiven latenten Steuern kommt, wurde vom Ansatzwahlrecht Gebrauch gemacht, die latenten Steuern nicht zu bilanzieren. Aktive latente Steuern bestehen in Höhe von 42 Tsd. €, passive latente Steuern in Höhe von 1 Tsd. €.

Insgesamt bestehen Verbindlichkeiten mit voraussichtlich folgenden Restlaufzeiten:

mit Restlaufzeiten von	bis zu 1 Jahr Tsd. €		1–5 Jahren Tsd. €		mehr als 5 Jahren Tsd. €		Gesamtbetrag Tsd. €	
	2011	Vorjahr	2011	Vorjahr	2011	Vorjahr	2011	Vorjahr
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.497	1.153	0	0	0	0	1.497	1.153
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	153.225	103.064	146.760	262.753	156.472	53.558	456.457	419.375
Abgegrenzte Umsatzsteuer auf Mittelzuweisungen	–22.881	–15.311	–21.916	–39.034	–23.366	–7.956	–68.163	–62.301
Sonstige Verbindlichkeiten	1.501	2.523	0	0	0	0	1.501	2.523
davon aus Steuern	(1.499)	(2.523)	(0)	(0)	(0)	(0)	(1.499)	(2.523)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Gesamtbetrag	**133.342**	**91.429**	**124.844**	**223.719**	**133.106**	**45.602**	**391.292**	**360.750**

Aktive latente Steuern ergeben sich insbesondere aus:

- dem Ansatz einer Forderung aus der Rückdeckungsversicherung in der Steuerbilanz in Höhe von 12 Tsd. €, der sich aus der Differenz zwischen Handels- und Steuerbilanz ergibt. Die daraus ermittelte latente Steuer beträgt 4 Tsd. €.
- einem steuerlichen Ausgleichsposten bei der Rückstellung der Pensionen für Geschäftsführer zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 126 Tsd. € resultierend aus dem zu übernehmenden Steuerbilanzwert, bzw. dem steuerlichen Nichtansatz einer handelsrechtlich ermittelten Rückstellung. Die daraus ermittelte latente Steuer beträgt 38 Tsd. €.

Passive latente Steuern ergeben sich aus:

- der unterschiedlichen Berechnung der Rückstellung für die Archivierung von Geschäftsunterlagen in der Handels- und der Steuerbilanz in Höhe von 4 Tsd. €. Die daraus ermittelte latente Steuer beträgt 1 Tsd. €.

Für die Berechnung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 30,25 % für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zugrunde gelegt.

2.10 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse gemäß §§ 251 i. V. m. 268 Abs. 7 HGB liegen nicht vor. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB ergeben sich wie folgt:

	31. 12. 2011 (brutto Mio. €)
Mietverträge	5
Bestellobligo	32
Summe	**37**

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Umsatzerlöse

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse entfallen auf:

Teilleistung 1 für Straßenprojekte	26.288 Tsd. €
Teilleistung 2 für Straßenprojekte	4.023 Tsd. €
Leistungen für das Projekt City-Tunnel Leipzig	2.345 Tsd. €
Leistungen für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	72 Tsd. €

3.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus:

- der Auflösung von Rückstellungen,
- Aufwandskorrekturen der Vorjahre (insbesondere Erstattungen von Anwaltskosten aus Rechtsstreitigkeiten) sowie
- Schadenersatzforderungen infolge nicht termingerecht abgeschlossener Baumaßnahmen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 612 Tsd. € enthalten.

3.3 Materialaufwand

Der Materialaufwand betrifft vor allem schlussgerechnete Ingenieurleistungen.

3.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahresniveau aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahl und Tariferhöhungen um ca. 1,0 Mio. € erhöht.

3.5 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Abschreibungen		
planmäßige lineare Abschreibung	465	374
sofortige Abschreibung gemäß § 6 Abs. 2 EStG	49	18
	514	**392**

3.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf:

- Mieten und Nebenkosten für das Bürogebäude in Berlin und die Baubüros,
- Anwaltskosten,
- den Bürobetrieb,
- Gutachten und Beratungen sowie
- Instandhaltung und Wartung für Gebäude, EDV-Anlagen und Software.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen i. H. v. 87 Tsd. €.

3.7 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag resultieren aus Gewerbeertragsteuern (55 Tsd. €) sowie aus Körperschaftsteuern und Solidaritätszuschlag (35 Tsd. €).

4. Sonstige Angaben

4.1 Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer gemäß § 267 HGB betrug:

	2011	2010
Geschäftsbereich		
gemeinsamer Geschäftsbereich	10	11
technischer Geschäftsbereich	164	157
kaufmännisch-juristischer Geschäftsbereich	59	60
(davon gewerbliche Arbeitnehmer)	(3)	(3)
	233	**228**

Zum 31. Dezember 2011 waren 234 Mitarbeiter bei der DEGES beschäftigt.

4.2 Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer:

Dirk Brandenburger — Bauassessor, Dipl.-Ing.
technischer Geschäftsführer — Werder (Havel)

Bodo Baumbach — Dipl.-Staatswiss., Dipl.-Kfm. (FH)
kaufmännisch-juristischer Geschäftsführer — Bernau bei Berlin

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der sich wie auf Seite 9 dargestellt zusammensetzt.

4.3 Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Die Bezüge der Geschäftsführung inklusive aller sonstigen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Dirk Brandenburger €	Bodo Baumbach €	Gesamt €
Grundvergütung	140.466,00	137.106,00	277.572,00
Leistungszulage für 2010	18.000,00	18.000,00	36.000,00
Geldwerter Vorteil (Pkw), Beihilfen, Beiträge zur Gruppenunfallversicherung	21.908,21	10.917,53	32.825,74
Versorgungszuschlag/ Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung	24.767,87	10.167,24	34.935,11
Summe Bezüge	**205.142,08**	**176.190,77**	**381.332,85**
nachrichtlich: Zuführung zur Pensionsrückstellung	2.256,00	23.003,00	25.259,00
Gesamt	**207.398,08**	**199.193,77**	**406.591,85**

Für die Mitglieder der Geschäftsführung sind zum 31. Dezember 2011 Pensionsrückstellungen in Höhe von 79.167 € gebildet.

Im Sinne des Ausweises aller Vergütungsbestandteile der Geschäftsführung wurden für 2011 erstmals auch alle sonstigen Aufwendungen (Altersversorgung, Versorgungszuschlag etc.) in o.g. Beträge aufgenommen.

An frühere Geschäftsführer wurden 2011 25.313,78 € in Form von Versorgungsbezügen ausgezahlt. Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder der Geschäftsführung belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 371.518 €.

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr folgende Sitzungsgelder gezahlt:

Aufsichtsratsmitglied	**Sitzungsgeld in €**
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Josef Kunz (Vorsitzender des Aufsichtsrates)	511,30
Dr. Rüdiger Kratzenberg (Stellvertreter des Vorsitzenden)	409,04
Lutz Irmer (Stellvertreter des Vorsitzenden)	409,04
Karl-Hermann Fahsel	306,78
Hartmut Fiedler	306,78
Wolfgang Golasowski	306,78
Michael Harting	409,04
Ursula Heger	102,26
Günther Hermann	204,52
Günther Meienberg	409,04
Egbert Neumann	306,78
Thilo Schelling	409,04
André Schröder	102,26
Wolfgang Suhr	306,78
Volkmar Vogel	306,78
Summe	**4.806,22**

4.4 Gesamthonorar für den Abschlussprüfer

Das Gesamthonorar des Wirtschaftsprüfers für Abschlussprüfungsleistungen belief sich auf 25.333,41 € netto.

5. Treuhandvermögen und Treuhandschulden

Die mit dem Bau oder der Erweiterung der Straßenprojekte zusammenhängenden Verträge für Bauleistungen und Grunderwerb (Zweckausgaben) werden im Namen und auf Rechnung der Bundesrepublik Deutschland bzw. des jeweiligen Landes/Freistaates abgeschlossen und abgewickelt. Über die erhaltenen Mittel ist jährlich und zum Zeitpunkt der Übergabe einzelner Verkehrsabschnitte ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die mit dem City-Tunnel Leipzig zusammenhängenden Verträge für Bau- und Ingenieurleistungen sowie Grunderwerb (Projektkosten) werden im Namen und auf Rechnung der DB Netz AG bzw. der DB Station & Service AG abgeschlossen und abgewickelt. Über die erhaltenen Mittel (Projektkosten) ist ebenfalls jährlich und nach Abschluss des Projektes ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die mit den Brückenbaumaßnahmen über Bundeswasserstraßen zusammenhängenden Verträge für Bau- und Ingenieurleistungen sowie Grunderwerb (Projektkosten) werden im Namen und auf Rechnung der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen und abgewickelt. Über die erhaltenen Mittel (Projektkosten) ist ebenfalls jährlich und nach Abschluss des Projektes ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die verausgabten Mittel und sonstigen Positionen werden im Treuhandvermögen separat ausgewiesen. Diesen stehen in gleicher Höhe Treuhandschulden, insbesondere Mittelzuweisungen gegenüber. Treuhandvermögen und Treuhandschulden gleichen sich somit im Saldo vollständig aus.

Die zweckgerechte und wirtschaftliche Mittelverwendung wird durch die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder sowie bezogen auf europäische Fördermittel durch den Europäischen Rechnungshof geprüft.

Der Sächsische Rechnungshof veröffentlichte am 6. April 2011 sein Gutachten für die 2010 stattgefundene Prüfung des Projektes City-Tunnel Leipzig bei der DEGES und den anderen Projektbeteiligten. Darin testiert er der DEGES eine professionelle und effiziente Tätigkeit, die sich insbesondere im Nachtragsmanagement zeige.

Berlin, 6. März 2012

Baumbach
Geschäftsführer

Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses 2011

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 5.150 € vorzutragen.

Brandenburger
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Stand 01.01.2011 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	Stand 31.12.2011 €
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software	2.314.949,19	364.584,62	0,00	35.419,50	2.644.114,31
Geleistete Anzahlungen	0,00	75.000,00	0,00	0,00	75.000,00
	2.314.949,19	439.584,62	0,00	35.419,50	2.719.114,31
Sachanlagen					
Technische Anlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Geschäftsausstattung	4.070.323,14	753.997,47	0,00	474.695,81	4.349.624,80
	4.070.323,14	753.997,47	0,00	474.695,81	4.349.624,80
Zwischensummen	6.385.272,33	1.193.582,09	0,00	510.115,31	7.068.739,11
Finanzanlagen					
Sonstige Ausleihungen	644,00	0,00	0,00	0,00	644,00
Summen	**6.385.916,33**	**1.193.582,09**	**0,00**	**510.115,31**	**7.069.383,11**

Abschreibungen					Bilanzwerte	
Stand 01.01.2011 €	Zugänge €	Zuschreibungen €	Abgänge €	Stand 31.12.2011 €	Stand 31.12.2011 €	Vorjahr €
2.031.694,19	196.303,62	0,00	35.419,50	2.192.578,31	451.536,00	283.255,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	75.000,00	0,00
2.031.694,19	196.303,62	0,00	35.419,50	2.192.578,31	526.536,00	283.255,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.914.686,14	318.025,47	0,00	258.578,81	2.974.132,80	1.375.492,00	1.155.637,00
2.914.686,14	318.025,47	0,00	258.578,81	2.974.132,80	1.375.492,00	1.155.637,00
4.946.380,33	514.329,09	0,00	293.998,31	5.166.711,11	1.902.028,00	1.438.892,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	644,00	644,00
4.946.380,33	**514.329,09**	**0,00**	**293.998,31**	**5.166.711,11**	**1.902.672,00**	**1.439.536,00**

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse	32.728.334,42	50.090.913,71
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	20.689.647,59	15.984.348,72
3. Sonstige betriebliche Erträge	808.196,14	1.313.272,50
	54.226.178,15	67.388.534,93
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	–170.642,88	–212.436,92
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	–28.661.297,70	–42.657.311,34
	–28.831.940,58	–42.869.748,26
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	–15.415.901,53	–14.589.226,72
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	–2.939.569,10	–2.808.636,87
davon für Altersversorgung	(–581.192,84)	(–611.896,48)
	–18.355.470,63	–17.397.863,59
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	–514.329,09	–391.913,76
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	–6.449.239,07	–6.629.124,21
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50.782,85	148.876,93
davon aus der Auf- und Abzinsung der Rückstellungen	(22.176,92)	(120.656,96)
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–25.429,13	–59.380,04
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	100.552,50	189.382,00
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-64.681,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	–90.432,50	–111.284,00
13. Sonstige Steuern	–4.970,00	–8.267,00
14. Jahresüberschuss	**5.150,00**	**5.150,00**

Treuhandbilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA	31.12.2011 €	31.12.2010 €
Treuhandvermögen		
I. Straßenbauprojekte		
1. Bauleistungen	9.435.313.042,51	9.185.993.590,33
2. Grunderwerb	558.379.545,41	542.155.550,84
3. Forderungen gegenüber Gesellschaftern aus Teilleistungsabrechnung	0,00	0,00
	9.993.692.587,92	9.728.149.141,17
II. City-Tunnel Leipzig		
1. Projektkosten	543.513.912,33	518.489.835,89
2. Vorsteueranspruch auf die Projektkosten	2.932.089,91	3.196.004,13
3. Forderungen gegenüber DEGES aus Ausschreibungsverfahren	2.631.836,99	90.967,89
4. Lieferanten-Skonti	0,00	0,00
	549.077.839,23	521.776.807,91
III. Wasserstraßenprojekte		
1. Projektkosten	1.238.814,88	877.314,88
	10.544.009.242,03	**10.250.803.263,96**

PASSIVA	31.12.2011 €	31.12.2010 €
Treuhandschulden		
I. Straßenbauprojekte		
1. Mittelzuweisungen	9.993.206.268,29	9.726.685.305,93
2. Rückerstattungen	38.016,78	70.393,93
3. Verbindlichkeiten gegenüber DEGES aus Zwischenfinanzierung	448.302,85	1.393.441,31
4. Verbindlichkeiten Bauabzugssteuer	0,00	0,00
	9.993.692.587,92	9.728.149.141,17
II. City-Tunnel Leipzig		
1. Mittelzuweisungen	548.968.023,48	521.767.176,29
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	109.815,75	9.631,62
3. Verbindlichkeiten gegenüber DEGES aus Zwischenfinanzierung	0,00	0,00
	549.077.839,23	521.776.807,91
III. Wasserstraßenprojekte		
1. Mittelzuweisungen	1.238.814,88	877.314,88
	10.544.009.242,03	**10.250.803.263,96**

Verkehrsprojekte

Aktuelle VDE und VDE-Zubringer

1

VDE Nr. 11 A 10 Berliner Ring

Aufgabenstellung

→ 8,2 km achtstreifige Erweiterung zwischen den AD Nuthetal und AD Potsdam

→ Erweiterung Rastanlage Michendorf Süd: von derzeit ca. 50 Stellplätzen auf 180 PKW- und 160 LKW-Stellplätze

→ Investitionsvolumen: ca. 125 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Zu den laufenden Planfeststellungsverfahren für den Streckenabschnitt sowie den Ausbau der Tank- und Rastanlage Michendorf Süd fanden 2011 die Erörterungstermine statt.

→ Die DEGES hat ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) durchgeführt, mit dem Ziel, die Realisierungsmöglichkeiten für zusätzlichen Lärmschutz durch Einsatz von Photovoltaikanlagen durch einen Investor zu prüfen (Abb. 1: Photovoltaik an der Lärmschutzwand – Visualisierung).

→ Das IBV ist im April 2011 abgeschlossen worden. Der Referenzentwurf für die Photovoltaikanlage liegt vor. Mit dem Ausblick auf Baurechtschaffung soll 2012 das Vergabeverfahren begonnen werden. Die weitere Vorgehensweise wird mit dem BMVBS und dem Land Brandenburg abgestimmt.

→ Der Grunderwerb für den genannten Streckenabschnitt ist in Arbeit.

Ausblick 2012

→ Der Planfeststellungsbeschluss wird 2012 erwartet.

VDE-Zubringer B 96n Stralsund – Rügen

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 44,3 km in Mecklenburg-Vorpommern

→ Investitionsvolumen: ca. 345 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Der 19,1 km lange Streckenabschnitt AS Stralsund – AS Teschenhagen ist seit Ende 2004 unter Verkehr.

→ Parallel zum 1936 errichteten Rügendamm wird die B 96n über die 2. Strelasundquerung geführt, deren Kernstück ein 2.830 m langer Brückenzug inklusive einer Hochbrücke über den Ziegelgraben bildet. Mit der feierlichen Eröffnung dieses Abschnitts am 20. Oktober 2007 durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wurde der Brückenschlag zwischen dem Festland und der Insel Rügen nach drei Jahren Bauzeit termingerecht dem Verkehr übergeben. Die Wiedervernässung der Mellnitz-Üselitzer Wiek, eine trassenferne Komplexmaßnahme zur Kompensation des Neubaus des Rügenanbinders bzw. der Strelasundquerung, begann im August 2011. Die Gesamtfläche beträgt ca. 220 Hektar, von denen 160 Hektar wiedervernässt werden sollen (Abb. 2).

→ Für den Abschnitt von Altefähr bis Bergen auf Rügen (20,5 km) wurde der Planfeststellungsbeschluss im Sommer 2010 erlassen.

→ Am 15. Juni 2011 fand der feierliche Baubeginn in Anwesenheit der Bundeskanzlerin im Abschnitt AS Altefähr bis AS Samtens-Ost statt.

Ausblick 2012

→ Zur Entlastung des Knotenpunktes Altefähr soll noch 2012 ein erstes Teilstück des Abschnittes Altefähr – Samtens dem Verkehr übergeben werden. Weitere Teillose werden ausgeschrieben und vergeben.

2

3

VDE-Zubringer B 101 n Ludwigsfelde-Ost (A 10) – Luckenwalde-Nord

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Ausbau von 23,4 km in Brandenburg

→ Investitionsvolumen: ca. 95 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Die Ortsumfahrung Trebbin wurde 2006 fertiggestellt. Die nördlich von Thyrow gelegenen Abschnitte sind bereits 2002 für den Verkehr freigegeben worden.

Ausblick 2012

→ Die Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses für die Ortsumfahrung Thyrow mit Ergänzungsbeschluss Ortsumfahrung Trebbin (Lückenschluss) wird erwartet. Es wird angestrebt, bei Vorliegen des Baurechts und der haushalterischen Voraussetzungen mit den Bauarbeiten im Streckenabschnitt Ortsumfahrung Thyrow 2012 zu beginnen.

VDE Nr. 12 A 9 Berlin – Nürnberg

Aufgabenstellung

→ Sechsstreifiger Ausbau von 43,1 km Strecke in Brandenburg und 49,5 km in Sachsen-Anhalt (AD Potsdam bis AS Zörbig) sowie 57,9 km in Thüringen (AK Hermsdorf bis Landesgrenze Thüringen/Bayern)

→ Investitionsvolumen: ca. 828 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Der sechsstreifige Ausbau der A 9 in Brandenburg wurde Ende 1999, in Sachsen-Anhalt Ende 2003 abgeschlossen.

→ Seitdem ist der insgesamt 92,6 km lange DEGES-Abschnitt in diesen beiden Bundesländern komplett fertiggestellt.

Freistaat Thüringen

→ Unter Verkehr sind die Abschnitte:

Hirschberg/Landesgrenze Thüringen/Bayern – Schleiz (19,3 km) seit November 2004,

Tautendorf – Hermsdorf (ca. 6,7 km) seit November 2002,

AS Triptis – Tautendorf (10 km) seit November 2006 (Abb. 3).

→ Für den Abschnitt Triptis – Dittersdorf (10 km) liegt seit Juni 2007 der Planfeststellungsbeschluss vor.

→ Für den 9 km langen Abschnitt Dittersdorf – Schleiz wurde im Juni 2006 das Baurecht erteilt.

→ Diese beiden Abschnitte wurden als ÖPP-Projekt (Verfügbarkeitsmodell) ausgeschrieben und im August 2011 vergeben. Das Projekt umfasst die sechsstreifige Erweiterung sowie Betrieb, Erhaltung und Teilfinanzierung der 46,5 km langen Vertragsstrecke. Die Projektlaufzeit beträgt 20 Jahre.

Ausblick 2012

→ Die sechsstreifige Erweiterung der A 9 zwischen der AS Triptis und der AS Schleiz stellt einen Lückenschluss zwischen den bereits sechsstreifig erweiterten Anschlussabschnitten dar. Mit der für Ende 2014 vorgesehenen Fertigstellung und Verkehrsfreigabe wird die Autobahn von Berlin bis München durchgängig sechsstreifig befahrbar sein.

→ Auf der gesamten Länge der Ausbaustrecke laufen die Bauarbeiten.

→ Die Übernahme des Betriebsdienstes erfolgt zum 1. Mai 2012 durch den privaten Auftragnehmer.

Hermsdorfer Kreuz

→ Der Planfeststellungsbeschluss datiert auf den 21. Dezember 2010 und wird beklagt.

1

VDE Nr. 13
A 38 Göttingen – Halle
A 143 Westumfahrung Halle

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 76,8 km in Thüringen und 115,1 km in Sachsen-Anhalt (davon Anteil A 143: 21,6 km)

→ Investitionsvolumen: ca. 1,42 Mrd. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ 179,3 km mit 198 Brücken und zwei Tunneln (Heidkopftunnel und Höllbergtunnel) sind fertiggestellt und unter Verkehr.

A 38

→ Mit der Verkehrsfreigabe des Abschnitts AS Eisleben – AD Halle-Süd in Sachsen-Anhalt Ende 2008 und des Abschnitts AS Breitenworbis – AS Bleicherode im Freistaat Thüringen Ende 2009 ist die Autobahn vom Dreieck Drammetal (A 7) über das Kreuz Rippachtal (A 9) bis zur AS Lützen auf einer Länge von 186,6 km durchgängig befahrbar (Abb. 1: Thyratalbrücke).

A 143 Westumfahrung Halle

→ Seit Oktober 2004 ist der Abschnitt vom Autobahndreieck Halle-Süd bis Anschlussstelle Halle-Neustadt über 9,0 km durchgängig befahrbar.

→ Für den nördlichen Teil der A 143 AS Halle-Neustadt bis AD Halle-Nord hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass der Planfeststellungsbeschluss zu ergänzen ist. Für die geänderten Planunterlagen liegt der Gesehen-Vermerk des BMVBS seit dem 10. November 2010 vor.

→ Die Auslegung der ergänzenden Planfeststellungsunterlagen „1. Änderung und Ergänzung zum Planfeststellungsbeschluss vom 18.05.2005“ erfolgte im Zeitraum vom 14. Oktober bis zum 13. November 2009.

→ Die im Zuge der Erstellung der ergänzenden Planfeststellungsunterlage durchgeführte Verkehrsprognose 2020 wurde auf den Prognosehorizont 2025 fortgeschrieben. Die sich hieraus ergebenden Änderungen im Hinblick auf die Verkehrsdaten sowie die Auswirkungen auf Schall und Luftschadstoffe wurden in einer ergänzenden Auslegung der Öffentlichkeit im Juni 2011 vorgestellt.

Ausblick 2012

→ Die im Nachgang der Einwendungen/Stellungnahmen erforderlichen Planänderungen sowie die Anpassung der Planunterlagen an aktuelle wissenschaftliche Kenntnisse bzw. an die aktuelle Rechtsprechung werden der Öffentlichkeit im Juni 2012 als ergänzende Auslegung vorgestellt.

→ Die Erörterung des Anhörungsverfahrens ist für 2012 geplant.

→ Das Projekt ist aufgrund der Erkenntnisse der Verträglichkeitsprüfung nur im Abweichungsverfahren zulässig. Hierfür bedarf es einer Zustimmung der EU-Kommission, die zurzeit eingeholt wird.

2

3

VDE-Zubringer A 71

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 4,9 km in Sachsen-Anhalt und 31,1 km in Thüringen

→ Investitionsvolumen: ca. 359 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Der Abschnitt vom Dreieck Südharz bis zur AS Heldrungen mit ca. 17,9 km Länge und 33 Bauwerken ist im Bau (Abb. 2: Helmebrücke).

Ausblick 2012

→ Die Verkehrsfreigabe der drei nördlichen Abschnitte von AS Heldrungen bis Dreieck Südharz ist für 2012 vorgesehen.

→ 2012 wird mit dem Bau sämtlicher Brücken des Abschnitts Sömmerda – provisorische Anbindung B 85 begonnen. Der Erd-, Entwässerungs- und Deckenbau soll Anfang 2013 starten.

→ Mit der angestrebten Freigabe dieses letzten noch zu bauenden Abschnitts AS Sömmerda – provisorische Anbindung B 85 Ende 2014 wird die A 71 durchgehend von Schweinfurt bis zum Dreieck Südharz befahrbar sein (Abb. 3).

1

VDE Nr. 15
A 4 Eisenach – Görlitz

Aufgabenstellung

→ Sechsstreifige Erweiterung von 74,4 km in Thüringen und 118 km in Sachsen sowie vierstreifiger Neubau 23,6 km (Lückenschluss in Ostsachsen)

→ Investitionsvolumen: ca. 2,08 Mrd. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

Freistaat Thüringen

→ Der 24,5 km lange Abschnitt „Umfahrung Hörselberge“ wurde als A-Modell realisiert. Seit Januar 2011 läuft die Betriebs- und Erhaltungsphase der gesamten Konzessionsstrecke (Abb. 1: Nessetalbrücke).

→ Der 11,8 km lange Abschnitt Magdala – Jena-Göschwitz (Leutratal) ist seit März 2008 im Bau. Der Erdbau ist weitgehend abgeschlossen. Der Rohbau des Tunnels Jagdberg ist in weiten Teilen ebenfalls abgeschlossen (Abb. 2). Zurzeit werden im Sohlbereich Injektions- und Drainagearbeiten zur Bergwasserfassung ausgeführt.

→ Im Abschnitt Anschlussstelle Ronneburg – Landesgrenze Thüringen/Sachsen (8,9 km) wurde die Tank- und Rastanlage „Altenburger Land Nord“ am 1. September 2011 fertiggestellt (Abb. 3).

→ Damit ist der gesamte Abschnitt vom Kreuz Hermsdorf bis zur Landesgrenze Thüringen/Sachsen unter Verkehr.

Freistaat Sachsen

→ Die im Abschnitt Glauchau – Hohenstein-Ernstthal noch durchzuführenden Restleistungen im Landschaftsbau wurden 2011 beendet.

Ausblick 2012

Freistaat Thüringen

→ Nach erfolgtem Innenausbau des Tunnels Jagdberg einschließlich Ausstattung, Fertigstellung von sieben kleinen Bauwerken sowie der Böschungssicherungen und der 8 km Lärmschutzwälle soll der Abschnitt Magdala – Jena-Göschwitz Mitte 2014 dem Verkehr übergeben werden. Danach erfolgt der Rückbau der alten A 4-Trasse auf 10 km Länge.

2

3

VDE Nr. 15
A 44 Waldkappel – Wommen

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von ca. 29,4 km in Hessen:
AS Waldkappel/Ost – AS Wehretal/Hoheneiche
AS Wehretal/Hoheneiche – AS Sontra/Nord
AS Sontra/Nord – AS Sontra/Ulfen
AS Sontra/Ulfen – AD Wommen

→ Gesamtlänge: ca. 29,4 km

Planungs- und Baustand

→ Die bereits bestehende A 44 verläuft mit Unterbrechungen in West-Ost-Richtung und endet im Osten an der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden A 7 bei Kassel. Mit dem Weiterbau der A 44 in Richtung Osten bis zur Verknüpfung mit der A 4 bei Wommen wird ein Lückenschluss als wichtige Ost-West-Verbindung zwischen den alten und den neuen Bundesländern hergestellt.

Ausblick 2012

→ Die DEGES ist mit der Entwurfsplanung der Ingenieurbauwerke und der Baudurchführung der vier Abschnitte auf Grundlage der zu erwartenden Planfeststellungsbeschlüsse beauftragt.

Für den Verkehr freigegebene VDE und VDE-Zubringer

1

VDE Nr. 10
A 20 Lübeck – Stettin

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 279,6 km in Mecklenburg-Vorpommern und 26,8 km in Brandenburg

→ Investitionskosten: ca. 1,63 Mrd. €

Planungs- und Baustand

→ Die „Ostseeautobahn A 20“ ist seit Dezember 2005 durchgehend von der A 1 bei Lübeck bis zur A 11, Autobahndreieck Kreuz Uckermark, auf einer Länge von 324 Kilometern befahrbar. Die A 20 ist das längste Verkehrsprojekt der VDE – Straße (Abb. 1: Talbrücke Trebel).

→ Neben erforderlichen Rest- und Gewährleistungsarbeiten wurden im Jahr 2011 vor allem trassenferne Kompensationsmaßnahmen und Projekte zur Renaturierung bearbeitet.

→ Die Mehrzahl der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist fertiggestellt, einige trassenferne sind noch in der Umsetzung.

→ Insgesamt befinden sich auf über 5.000 Hektar Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, davon acht großflächige Kompensationsmaßnahmen von 150 bis 500 Hektar Flächenumfang.

VDE Nr. 11
A 2 Hannover – Berlin

Aufgabenstellung

→ Sechsstreifiger Ausbau von 55,5 km in Sachsen-Anhalt und 63,8 km in Brandenburg

→ Realisierung durch die Straßenbauverwaltungen von Niedersachsen (85,3 km), Sachsen-Anhalt (25,2 km) und DEGES

→ DEGES-Anteil: 55,5 km in Sachsen-Anhalt, 42,4 km in Brandenburg

→ Investitionsvolumen: ca. 1,3 Mrd. €, davon ca. 555 Mio. € DEGES

Planungs- und Baustand

→ Der DEGES-Anteil des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 11 ist seit Ende 2001 fertiggestellt und auf gesamter Länge in Betrieb.

→ Die umfangreiche Ersatzmaßnahme Seelsches Bruch östlich von Marienborn wurde 2007 fertiggestellt (Abb. 2).

Ausblick

→ Bis 2012 wird ein Monitoring der Maßnahme Seelisches Bruch zur Überprüfung der Entwicklungsziele durchgeführt.

VDE Nr. 14
Neubau der A 14 Magdeburg – Halle

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 101,7 km in Sachsen-Anhalt,

→ DEGES-Anteil: 98,9 km
Land Sachsen-Anhalt: 2,8 km

→ Investitionsvolumen: ca. 632 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Die A 14 wurde in den Jahren 1993 bis 2000 als wichtige Nord-Süd-Verbindung gebaut und als erste Neubaumaßnahme der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit komplett fertiggestellt.

2

3

VDE Nr. 16
A 71 Schweinfurt – Erfurt
A 73 Lichtenfels – Suhl

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 96,3 km (A 71) und 33,5 km (A 73) im Freistaat Thüringen

→ Investitionsvolumen ca. 1,75 Mrd. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

A 71

→ Der Abschnitt Berkach – Meiningen-Süd (13,3 km) einschließlich des Tunnels Eichelberg (1.110 m) wurde am 17. Dezember 2005 als letzter Abschnitt dem Verkehr übergeben. Damit sind in Thüringen 96,3 km der A 71 mit 104 Bauwerken fertiggestellt (Abb. 3: Brücke Albrechtsgraben). Gleichzeitig erfolgte die Freigabe des bayerischen Teils der A 71.

A 73

→ Als letzter Teil der A 73 in Thüringen wurde der Abschnitt Eisfeld-Nord – Schleusingen (11,7 km) am 25. Juli 2008 freigegeben. Damit sind im Freistaat die gesamten 33,5 km Strecke mit 47 Bauwerken befahrbar.

VDE-Zubringer A 17
Dresden-Südvorstadt (B 170) – Breitenau (Landesgrenze Deutschland/Tschechien)

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau von 32,0 km in Sachsen

→ Investitionsvolumen: ca. 335 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

→ Mit der feierlichen Verkehrsfreigabe am 21. Dezember 2006 ist der gesamte Abschnitt AS Dresden-Südvorstadt (B 170) bis zur Landesgrenze Deutschland/Tschechien einschließlich der Zubringerprojekte Nickern und Heidenau sowie der Neubau der S 174 Börnersdorf – Breitenau fertiggestellt.

Sonstige Straßenprojekte

A 14 Lückenschluss Magdeburg – Wittenberge – Schwerin

Aufgabenstellung

- Vierstreifiger Neubau von 96,9 km in Sachsen-Anhalt, 32,1 km in Brandenburg und 25,8 km in Mecklenburg-Vorpommern
- Investitionsvolumen (DEGES): ca. 600 Mio. € für Bau und Grunderwerb

Planungs- und Baustand

- Die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben der DEGES im Oktober 2007 und im Juni 2009 die Projektverantwortung für sechs Verkehrseinheiten in unterschiedlichen Projektphasen an der A 14 übertragen.
- Die Abschnitte 1.1 (nördlich AS Dahlenwahrsleben – südlich AS Wolmirstedt, ca. 11,2 km), 3.2 b (Landesgrenze Sachsen-Anhalt/Brandenburg bis südlich AS Wittenberge, 2,0 km), 4 (südlich AS Wittenberge bis südlich AS Karstädt, ca. 17,5 km) sowie 5 (südlich Karstädt bis Landesgrenze Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern, ca. 12,6 km) werden von der DEGES geplant und gebaut. Die Abschnitte 2.2 (nördlich Osterburg bis nördlich Seehausen, ca. 14,7 km) und 3.1/3.2 a (nördlich Seehausen bis Landesgrenze Sachsen-Anhalt/Brandenburg, ca. 10,5 km) werden von der DEGES nach Abschluss der Planfeststellung vom Landesbetrieb Bau Sachsen-Anhalt übernommen und gebaut.
- Die Gestaltung des Brückenbauwerks über die Elbe bei Wittenberge erfolgt auf Grundlage des Ergebnisses eines 2008 durchgeführten Realisierungswettbewerbes. Die Durchführung der Baurechtsverfahren in den beiden Planfeststellungsabschnitten 3.1/3.2 a und 3.2 b findet in enger Abstimmung zwischen den beiden Bundesländern statt.
- Für die Ingenieurbauwerke in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurden jeweils Gestaltungswettbewerbe durchgeführt.
- Alle Abschnitte, die die DEGES plant, befinden sich im Planfeststellungsverfahren.

Ausblick 2012

- Für den Abschnitt 5 wird der Planfeststellungsbeschluss im April 2012 und für den Abschnitt 3.2 b im Sommer 2012 erwartet.
- Das Planfeststellungsverfahren im Abschnitt 4 dauert weiter an.
- Für den Abschnitt 1.1 im Land Sachsen-Anhalt wurde das Planfeststellungsverfahren am 1. Februar 2011 vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt eingeleitet. Eine Erörterung findet voraussichtlich im Sommer 2012 statt.

A 281 Autobahneckverbindung Bremen

Aufgabenstellung

- Vierstreifiger Neubau zwischen dem BA 1 der A 281 und der B 6n (Zubringer Arsten)
- Gesamtlänge ca. 17 km
- Gesamtkosten: ca. 650 Mio. €
- Querschnitt: vierstreifig, teilweise mit Standstreifen

Planungs- und Baustand

- Seit Anfang 2008 sind die Bauabschnitte BA 2/1 und BA 3/1 unter Verkehr. Mit dem Bau des BA 3/2 wurde mit einem ersten Spatenstich am 2. April 2009 begonnen. Die Verkehrsfreigabe ist für Mitte 2014 geplant.
- Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) Leipzig zum BA 2/2 und der damit verbundenen Nichtvollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses werden neue RE-Unterlagen und neue Unterlagen für ein Planfeststellungsänderungsverfahren erstellt.
- Der Planfeststellungsbeschluss vom 30. Juni 2010 zum BA 4 wurde beklagt. Die eingereichten Klagen wurden vor dem BVerwG am 24. November 2011 abgewiesen. Derzeit ruhen noch zwei Verfahren.

1

2

Ausblick 2012

→ BA 2/2 AS Bremen-Airport-Stadt – AS Bremen-Kattenturm:
Abstimmung der weiteren Vorgehensweise zur Erlangung des Baurechts und der Findung einer konsensfähigen Lösung für die bauliche Umsetzung.

→ BA 3/2 AS Bremen-Strom – AS Bremen-Neustädter-Häfen:
Nach Abschluss der Konsolidierung im überschütteten Streckenabschnitt wird mit dem Straßenbau begonnen (Abb. 1 und 2). Im Bereich des Anschlusses an den BA 3/1 erfolgt die Ausführung der zweiten Hälfte des bereits im Rahmen des BA 3/1 fertiggestellten Ingenieurbauwerkes.

→ BA 4 AS Bremen-Gröpelingen – AS Bremen-Strom:
Mit dem BMVBS wird geklärt, wann die zum Ruhen gebrachte Vorbereitung der Konzessionärssuche im BA 4 weiter bearbeitet werden darf.

B 6n

Aufgabenstellung

→ Zwei- bzw. vierstreifiger Neubau einer Bundesstraße zwischen der A 281 AS Bremen-Kattenturm und der A 1 AS Bremen-Brinkum (Niedersachsen)

→ Gesamtlänge: ca. 4 km

Planungs- und Baustand

→ Im Jahr 2009 wurde eine Untersuchung zu möglichen Linienführungen abgeschlossen.

Ausblick 2012

→ Die weitere Planung der B 6n ist abhängig von der Linienbestimmung des BMVBS.

B 212n

Aufgabenstellung

→ Vierstreifiger Neubau einer Bundesstraße zwischen der A 281 AS Bremen-Strom und der L 875 (Niedersachsen)

→ Gesamtlänge: ca. 3 km

→ Gesamtkosten: ca. 35 Mio. €

Planungs- und Baustand

→ Auf Grundlage der im Jahre 2009 abgeschlossenen Raumordnungs- und Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren wurde durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) Geschäftsbereich Oldenburg der Antrag auf Linienbestimmung beim BMVBS gestellt. Auf Grundlage der Planungsvereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen soll die DEGES federführend die länderübergreifende Planung von der A 281 bis zur L 875 koordinieren.

Ausblick 2012

→ Mit einem Abschluss des Verfahrens zur Linienbestimmung wird im Jahr 2012 gerechnet. Als weitere Planungsleistungen werden Unterlagen zum Baugrund erstellt.

Sonstige Straßenprojekte in Hamburg

A 7 AS Hamburg-Othmarschen/ Landesgrenze Hamburg Schleswig-Holstein

Aufgabenstellung

→ Acht-/sechsstreifige Erweiterung von 11,6 km in Hamburg

→ Investitionsvolumen: ca. 675 Mio. € für Bau und Grunderwerb (darin enthalten sind zur Verbesserung der städtebaulichen Gesamtsituation Tunnelergänzungen, deren Kosten die Freie und Hansestadt Hamburg trägt)

Planungs- und Baustand

In den drei Abschnitten laufen zurzeit folgende Planungsleistungen:

→ Die Vorentwürfe (Variante „erforderlicher Lärmschutz“, Variante „optimaler Städtebau“) für den Abschnitt Othmarschen sind in Bearbeitung und wurden dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Erteilung des Gesehen-Vermerkes übersandt (Abb. 1: Behringstraße – Visualisierung).

→ Für die Abschnitte Schnelsen und Stellingen liegen die Gesehen-Vermerke des BMVBS zu den Vorentwürfen vor.

→ Die Planfeststellungsunterlagen für den Abschnitt Stellingen sind fertiggestellt und lagen vom 17. Januar bis 16. Februar 2011 öffentlich aus. Die Erörterungstermine fanden vom 5. bis 9. September 2011 statt. Zurzeit erfolgt die Erstellung von Planänderungsunterlagen, die Mitte 2012 ausgelegt werden (Abb. 2: Kieler Straße – Visualisierung).

→ Die Planfeststellung für den Abschnitt Schnelsen wurde im April 2011 eingeleitet. Die Planfeststellungsunterlagen lagen vom 22. August bis 21. September 2011 öffentlich aus. Die Erörterungstermine fanden am 29. und 30. November 2011 statt.

Ausblick 2012

→ Die Planfeststellungsbeschlüsse für die Abschnitte Stellingen und Schnelsen werden 2012 erwartet.

B 4/75 Wilhelmsburger Reichsstraße

Aufgabenstellung

→ Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße auf ca. 4,6 km in Hamburg zwischen A 253 und A 252

→ Investitionsvolumen: ca. 136 Mio. € für Bau und Grunderwerb (Bund, Hamburg, Deutsche Bahn AG)

Planungs- und Baustand

→ Im September 2011 wurde der Gesehen-Vermerk durch das BMVBS erteilt. Dem Gesamtlärmkonzept Straße/Schiene wurde auf der Grundlage einer Kostenbeteiligung beider Verkehrsträger zugestimmt.
Mit Schreiben vom 29. Dezember 2011 ist die Zustimmung zum Baubeginn der Wilhelmsburger Reichsstraße seitens des BMVBS erteilt worden.

→ Ein vorbereiteter Plangenehmigungsantrag zum vorgezogenen Bau eines Teils der Gleisanlagen wurde durch die DB Netz AG beim Eisenbahnbundesamt eingereicht.

Ausblick 2012

→ Unter Federführung des Rechtsamtes der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) läuft zurzeit das Planfeststellungsverfahren. Der Erörterungstermin fand vom 23. bis 27. April 2012 statt.

1

2

→ Der Planfeststellungsbeschluss wird 2012 erwartet.

→ Erste Baulose (z. B. Gleisrückbaumaßnahme, Gebäudeabriss Kampfmittelberäumung u. a.) werden zur Ausschreibung vorbereitet.

A 26 AK Süderelbe (A 7) – AD Stillhorn (A 1)

Aufgabenstellung

→ Durchführung einer Projektstudie zur Überprüfung der Trassenwahl der Hafenquerspange im Zuge einer verkehrlichen Gesamtbetrachtung sowie Durchführung einer Vorplanung zur Vorbereitung eines Linienbestimmungsverfahrens

→ Durchführung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung

→ Länge: 9,7 km

→ Kostenschätzung: ca. 784 Mio. € (Bau und Grunderwerb)

Planungs- und Baustand

→ Am 30. April 2011 hat das BMVBS die Linienbestimmung der eingereichten Vorzugsvariante als A 26, Hafenquerspange (HQS) vorgenommen.

Ausblick 2012

→ Zurzeit läuft das Verfahren zur Vergabe der Entwurfsbearbeitung für die Verkehrseinheit Autobahnkreuz Süderelbe (A 7/A 26) bis Anschlussstelle Moorburg. Mit der Vergabe der Ingenieurleistungen und damit Beginn der Detailbearbeitung ist im Mai 2012 zu rechnen.

→ Für weitere Abschnitte wird die Vergabe der Entwurfsplanung vorbereitet.

→ Darüber hinaus wird ein Realisierungswettbewerb für die Süderelbebrücke gestartet.

Sonstige Straßenprojekte in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

1

B 96 Erweiterung zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg

→ Die Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) wird derzeit erarbeitet. Sowohl die Unterlagen zur Ermittlung und Bewertung der Schutzgüter für den bisherigen Untersuchungsraum als auch die ergänzenden Untersuchungsergebnisse liegen vor, so dass die endgültige UVS mit Variantenvergleich im Jahr 2012 fertiggestellt werden kann.

B 104/B 96 Ortsumfahrung (OU) Neubrandenburg

→ Für die OU Neubrandenburg hat das Planfeststellungsverfahren für den 1. Bauabschnitt im Mai 2011 begonnen. Die Unterlagen wurden zwischen dem 24. November und 23. Dezember 2011 ausgelegt.

→ Für ein erstes Baulos (Abriss und Neubau der Brücke im Zuge der B 104) ist der Antrag auf Plangenehmigung geplant (Abb. 1). Hierfür werden derzeit die Unterlagen vorbereitet. Für den 2. Bauabschnitt wurde das Vergabeverfahren vorbereitet.

B 111 Neubau der OU Wolgast

→ Für die Ortsumfahrung (OU) Wolgast im Zuge der B 111 liegt der Gesehen-Vermerk des BMVBS mit Datum vom 16. Dezember 2009 vor. Zur Querung des Peenestroms ist ein Brückenbauwerk vorgesehen. Zur Festlegung der erforderlichen Stützweite im Bereich der Bundeswasserstraße wurden in Abstimmung mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt Simulationsfahrten der maßgeblichen Schiffstypen im Maritimen Simulationszentrum Warnemünde beauftragt. Im Ergebnis dieser Untersuchung kann die maximale Stützweite auf ca. 250 m festgelegt werden, ohne die Befahrbarkeit der Wasserstraße einzuschränken. Mit diesen Randbedingungen wird zurzeit die endgültige Brückengestaltung festgelegt. Direkt im Anschluss soll das Planfeststellungsverfahren beantragt werden. Die Bearbeitung der Genehmigungsunterlagen erfolgt bereits.

A 19 Ersatzneubau Petersdorfer Brücke inkl. AS Waren

→ Mit Datum vom 26. Februar 2009 liegt der Gesehen-Vermerk des BMVBS vor. Bei der weiteren Bearbeitung des Entwurfes im Rahmen der Erstellung der Unterlagen für das erforderliche Ausnahmeverfahren nach dem Bundesnaturschutzgesetz wurden zahlreiche Varianten bzw. Alternativen geprüft. Mit dem Land wurde vereinbart, das Bauwerk mit drei Feldern zu realisieren und unter Berücksichtigung eines Fledermausquartiers und Veränderungen am Überbau die Brücke gestalterisch zu optimieren.

Neubau von acht PWC-Anlagen

→ Die auf der A 24 Berlin – Hamburg vorgesehenen PWC-Anlagen „Wittenburger Land“, „Lewitz“ und „Ruhner Berge“ sollen bis zu 25 Lkw-Parkstände je Seite erhalten. Bei den weiteren geplanten PWC-Anlagen auf den Autobahnen A 14 und A 19 handelt es sich im Wesentlichen um Ersatzneubauten, die errichtet werden, um modernen Anforderungen – gerade auch in einem touristisch geprägten Bundesland – gerecht zu werden. Darüber hinaus werden sieben PWC-Anlagen zur Verbesserung der Hafenhinterlandanbindung mit Schwerlast-Parkständen ausgestattet. Nach Baubeginn im August 2010 kann die PWC-Anlage „Plater Berg“ auf der A 14 im 1. Halbjahr 2012 dem Verkehr übergeben werden. Mit dem Baubeginn der PWC-Anlage „Banso-

2

3

wer Forst“ auf der A 19 ist im Frühjahr 2012 zu rechnen. Aufgrund der touristischen Bedeutung wurden diese Anlagen mit Priorität behandelt (Abb. 2).

A 7 Landesgrenze Hamburg/ Schleswig-Holstein – AD Bordesholm

Aufgabenstellung

→ Sechsstreifige Erweiterung von 59,8 km in Schleswig-Holstein

→ Planung einschließlich Grunderwerb und Realisierung als ÖPP-Projekt (Öffentlich-Private Partnerschaft)

Planungs- und Baustand

→ Für alle Planungsabschnitte liegen Gesehen-Vermerke des BMVBS vor, weiterhin wurden zwei Kostenfortschreibungen genehmigt.

→ Die Untersuchungen zum Baugrund und zum Zustand der Bauwerke sind abgeschlossen. Danach sind alle Autobahn-Bauwerke zu erneuern, die bisher vorgesehenen Verbreiterungen sind unwirtschaftlich (Abb. 3). Zu den Überführungsbauwerken werden je nach Zustand Einzelentscheidungen zur Instandsetzung oder dem Neubau getroffen. Für die Gestaltung der Ingenieurbauwerke und Lärmschutzwände wurde ein architektonisches Gestaltungskonzept entwickelt.

→ Für die Abschnitte 2, 3, 5 und 6 fanden 2011 Erörterungstermine statt.

Ausblick für 2012

→ Um eine beschleunigte Realisierung der Maßnahme zu erreichen, ist die Erweiterung in Form eines Verfügbarkeitsmodells (Bau, Betrieb, Erhaltung und Teilfinanzierung durch ein Privatunternehmen) vorgesehen. Der Teilnehmerwettbewerb wurde im Dezember 2011 mit Veröffentlichung des Informationsmemorandums begonnen.

→ Im 2. Halbjahr 2012 erfolgt die Aufforderung zur Angebotsabgabe an vier ausgewählte Bieter. Bis Ende 2013 soll der Vertrag abgeschlossen werden.

Sonstige Straßenprojekte in Sachsen

1

A 72 AS Rathendorf – AS Borna

→ Im Abschnitt Rathendorf – Frohburg sind zwei vorgezogene Bauwerke bereits fertiggestellt. Die Strecke und alle anderen Bauwerke sind seit Februar 2010 im Bau.

Aufgrund der angetroffenen problematischen Baugrund- und Grundwassersituation wurden umfangreiche zusätzliche Leistungen im Erdbau und in der Entwässerung notwendig.

Die vorgezogenen Landschaftsbauarbeiten im Abschnitt Rathendorf – Frohburg (Fledermausleitpflanzungen) wurden 2011 an das Land übergeben.

→ Der Abschnitt Frohburg – Borna wird vorerst ohne die Anschlussstelle Frohburg gebaut. Die AS Frohburg wird gemeinsam mit der B 7n zur Planfeststellung eingereicht. Der Baubeginn der Streckenmaßnahme war im Juni 2011.

Die Arbeiten am vorgezogenen Bauwerk Zedtlitzer Grund verlaufen planmäßig und werden voraussichtlich Ende des III. Quartals 2012 abgeschlossen.

Zwei weitere vorgezogene Bauwerke in diesem Abschnitt sind 2011 fertiggestellt worden (Abb. 1).

→ Die vorgezogenen Pflanzungen von Ersatzhabitaten für die hier vorkommenden Vogelarten werden seit Oktober 2011 auf ausgewählten Teilflächen umgesetzt.

B 7n Altenburg – Frohburg

→ Im Frühjahr 2012 werden die fertiggestellten Entwurfsunterlagen von der DEGES den Ländern Thüringen und Sachsen vorgelegt und nachfolgend beim BMVBS die Erteilung des Gesehen-Vermerkes eingeholt.

B 96n Westtangente Bautzen

→ Der 1. Bauabschnitt (vom Bauanfang bis zur B 6) wurde am 27. April 2011 für den Verkehr freigegeben.

→ An der Spreebrücke im 2. Bauabschnitt laufen die Arbeiten planmäßig. Das Bauwerk wird rechtzeitig vor Beginn der Streckenarbeiten überfahrbar sein. Die Abnahme ist für Januar 2012 geplant.

→ Der Aushub der Tunnelbaugrube ist abgeschlossen. Der Tunnelrohbau läuft planmäßig (Abb. 2).

→ Der Auftrag für den Streckenbau im 2. Bauabschnitt wurde im Dezember 2011 vergeben. Die Bauarbeiten beginnen im Frühjahr 2012.

B 172n OU Pirna

→ Das Planfeststellungsverfahren wurde im Dezember 2009 eingeleitet. Der Erörterungstermin wurde im Juni 2011 durchgeführt.

2

3

B 173n Verlegung in Flöha

→ Bereits fertiggestellt sind die Bauwerke Zschopaubrücke und Brücke Schweddey.

→ Die Fußgängerbrücke über die B 173 und die Bahn ist fertiggestellt (Abb. 3). Die Verkehrsfreigabe für den 1. Bauabschnitt ist für Ende 2012 vorgesehen.

→ Für das Planergänzungsverfahren Flöhatal (2. Bauabschnitt) wurde nach umfangreicher Variatenuntersuchung die bisherige Trasse als Vorzugslösung bestätigt.

→ Mit der Planung der Talbrücke wurde im November 2011 begonnen. Der RE-Vorentwurf soll Mitte 2012 an das SMWA zur Prüfung übergeben werden.

B 178n A 4 bis Nostitz

→ Das Planfeststellungsverfahren wird seit 2010 durchgeführt. Vom 4. bis 7. Oktober 2011 fand der Erörterungstermin in Löbau statt.
Die sich aus den Einwendungen ergebenden Planänderungen werden zur Zeit in die Unterlagen eingearbeitet. Diese Tekturplanung soll im 2. Halbjahr 2012 der Planfeststellungsbehörde zur erneuten Auslegung übergeben werden.

S 174 Ausbau bei Liebenau

→ Derzeit erfolgt eine Umplanung der vierarmigen Kreuzung zu einem Kreisverkehr, der das SMWA im September 2011 zugestimmt hat. Die RE- und Planfeststellungsunterlagen werden daher überarbeitet und den zuständigen Landesbehörden im 1. Halbjahr 2012 vorgelegt.

Sonstige Straßenprojekte in Thüringen

1

B 4 Erfurt – Greußen

→ Für die Ortsumfahrung Gebesee ist die Linienbestimmung durch das BMVBS mit Datum vom 5. November 2010 erfolgt. Die Entwurfsplanung ist beauftragt.

→ Für die Ortsumfahrung Straußfurt ist die Linienbestimmung durch das BMVBS ist am 7. Januar 2011 erfolgt.

B 4 Greußen – Sonderhausen

→ Die Linie der Ortsumfahrung Greußen wurde im Oktober 2009 bestätigt. Die Entwurfsbearbeitung erfolgt derzeit.

→ Für die Ortsumgehung Oberspier werden die Umweltverträglichkeitsstudie und Varianten erarbeitet.

B 19 Ortsumfahrung Wasungen

→ Die Übergabe des Projektes an die DEGES erfolgte im Februar 2010. Die Planungsleistungen wurden nach Freigabe im September 2010 beauftragt.

B 19n Wutha – Etterwinden

→ Die Umweltverträglichkeitsstudie und die Vorplanung sind abgeschlossen. Das Raumordnungsverfahren wurde eingeleitet. Zwischenzeitlich wurde für einen Teil der Vorzugsvariante eine Modifizierung vorgenommen.

B 87n Fulda – Meiningen

→ Abschnitt Landesgrenze Thüringen/Hessen bis Kaltensundheim
Das Raumordnungsverfahren wurde für die Abschnitte 1 (Hessen) und 2 (Rhönquerung Hessen/Thüringen) mit Datum vom 29. April 2009 abgeschlossen. Im September 2009 wurde für beide Abschnitte der Antrag auf Linienbestimmung gestellt.

→ Abschnitt Kaltensundheim bis B 19
Für die drei Verkehrseinheiten „östlich Kaltensundheim – westlich Stepfershausen“, „westlich Stepfershausen – östlich Herpf“ und „östlich Herpf – B 19“ wird seit Dezember 2010 ein gemeinsames Linienbestimmungsverfahren durchgeführt.

B 90n – B 2 im Zuge L 1093

→ Für den Abschnitt Umfahrung Gefell (B 90n) wurde im November 2010 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Der Erörterungstermin hat Ende 2011 stattgefunden. Die Bearbeitung der Deckblattunterlagen ist abgeschlossen, eine erneute Auslegung der Änderungsunterlagen erfolgt Mitte 2012.

→ Für den Abschnitt Ausbau B 90n bis Saaldorf ist der RE-Entwurf im Genehmigungsverfahren.

B 90n AS bei Stadtilm – Nahwinden

→ Der Gesehen-Vermerk des BMVBS zum RE-Entwurf wurde am 6. April 2009 erteilt.

→ Der Planfeststellungsbeschluss liegt seit dem 15. Februar 2010 vor. In Kürze wird die Bearbeitung der Ausführungsplanung aufgenommen.

B 247 Umfahrung Gotha einschließlich Ortsumfahrung Sundhausen bis A 4

→ L 2146 Kreisverkehr Uelleben – Sundhausen
1,5 km
Der Bau wurde durch das Straßenbauamt Mittelthüringen realisiert.

→ L 1027 Umfahrung Sundhausen
6,1 km
Der Gesehen-Vermerk zum RE-Entwurf wurde am 21. September 2009 erteilt. Der Abschluss des Planfeststellungsverfahrens erfolgte mit dem Beschluss vom 30. Dezember 2010. Die Maßnahme wird durch das Straßenbauamt Mittelthüringen gebaut.

→ B 7 Umfahrung Tüttleben
3,6 km
Für die Ortsumfahrung Tüttleben ist die Entwurfsplanung abgeschlossen. Die Genehmigung des RE-Entwurfes erfolgte am 6. Oktober 2011. Zurzeit werden die Planfeststellungsunterlagen abschließend bearbeitet.

2

3

→ B 7 Umfahrung Siebleben
2,5 km
Das Raumordnungsverfahren wurde mit der landesplanerischen Beurteilung am 30. September 2009 abgeschlossen. Die Ortsumfahrung Siebleben ist im weiteren Bedarf.

→ Seebergquerung
3,8 km
Das Raumordnungsverfahren wurde mit der landesplanerischen Beurteilung am 30. September 2009 abgeschlossen. Die Seebergquerung ist im weiteren Bedarf.

→ AS Gotha-Boxberg (A 4) – Friedrichroda (B 88)
7,7 km
Ortsumfahrung Wahlwinkel: Der Vorentwurf mit der Einbindung in die L 1026 wird dem Freistaat Thüringen zur Genehmigung übergeben. Die Bearbeitung des weiterführenden Abschnittes ist zurückgestellt.

L 1172 Ortsumfahrung Artern

→ Der überwiegende Teil der Ortsumfahrung Artern wurde durch das Straßenbauamt Nordthüringen gebaut. Den verbleibenden Abschnitt über ca. 0,6 km von der B 86 bis zum Anschluss an die A 71 wurde durch die DEGES zusammen mit dem Autobahnlos am 26. März 2009 vergeben und wird derzeit gebaut. Die Fertigstellung ist für September 2012 vorgesehen.

L 2134 Kindelbrück bis B 85 inkl. OU Dermsdorf

→ Die Ausschreibung wurde 2011 veröffentlicht. Der Baubeginn war im April 2012.

→ Für die Strecke Kindelbrück – Leubingen ist die Voruntersuchung weitestgehend abgeschlossen. Für einen geplanten Lückenschluss als Teilprojekt wird kein Raumordnungsverfahren erforderlich. Die Bearbeitung des Projektes ist zurückgestellt.

L 1093 Umfahrung Birkenhügel

→ Das Planfeststellungsverfahren wurde im Mai 2009 eingeleitet. Im Jahr 2010 wurde ein Planänderungsverfahren durchgeführt, der Erörterungstermin hat am 4. November 2010 stattgefunden. Der Planfeststellungsbeschluss trägt das Datum vom 28. Februar 2011. Die Maßnahme wird durch das Straßenbauamt Ostthüringen gebaut.

Konzessionsvergabe und Baubegleitung für fünf Autobahnraststätten mit Tankstellen (A 71 und A 38)

→ „Thüringer Wald“, A 71, Thüringen

Beiderseits der A 71 soll bei Geraberg unweit des Tunnels Alte Burg je ein Nebenbetrieb (Raststätte und Tankstelle als Kompaktanlage) entstehen. Der Konzessionsnehmer soll die Anlagen bauen und für 30 Jahre betreiben. Er hat eine Konzessionsabgabe an den Bund zu entrichten. Das europaweite Ausschreibungsverfahren für die Vergabe der Dienstleistungskonzessionen zum Bau und Betrieb der Tankstellen und Raststätten an der Bundesautobahn A 71 – „Thüringer Waldautobahn“ – bei Geraberg startete im Sommer 2011. Der Bund als Konzessionsgeber und das Land Thüringen möchten mit diesen Raststätten für eines der herausragenden Infrastrukturprojekte der deutschen Einigung – der Thüringer Waldautobahn – und den „Verkehrsprojekten Deutsche Einheit“ gleichzeitig einen Informationsort schaffen.

→ „Eichsfeld“, A 38, Thüringen

Westlich der AS Breitenworbis sollen beiderseits der A 38 Nebenbetriebe errichtet werden.

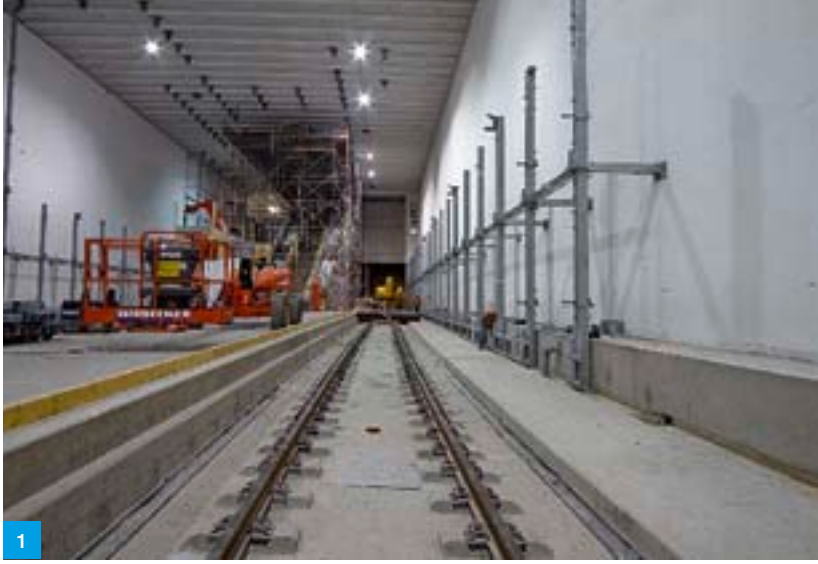
Der Dienstleistungsauftrag umfasst – entsprechend der geplanten Anlage „Thüringer Wald“ – die Betreuung des Vergabeverfahrens und der Baumaßnahme.

→ „Fürstenhügel“, A 71, Thüringen

Nördlich der AS Sömmerda soll westlich der A 71 ein Nebenbetrieb (Raststätte und Tankstelle als Kompaktanlage) entstehen.

Der Dienstleistungsauftrag umfasst – entsprechend der geplanten Anlage „Thüringer Wald“ – die Betreuung des Vergabeverfahrens und der Baumaßnahme.

City-Tunnel Leipzig



1

Aufgabenstellung

→ 5.279 m unterirdische Verkehrsverbindung (einschließlich Rampenbereiche)

→ Rohbau des Schildtunnels mit zwei Röhren von je ca. 1,4 km Länge vom Bayerischen Bahnhof zum Hauptbahnhof und schlüsselfertige Erstellung der vier unterirdischen Stationen Bayerischer Bahnhof, Wilhelm-Leuschner-Platz, Markt und Hauptbahnhof sowie des oberirdischen Haltepunktes Semmelweisstraße

→ Rohbau der Rampenbauwerke der Südrampe sowie der Nord- und Westrampe

→ Gesamtvolumen Planung und Bau
– ca. 960 Mio. €
– ca. 714 Mio. € (DEGES)

Projektfortschritt

Mit Stand Ende 2011 ergibt sich folgender Ausbaustand in den einzelnen Haltepunkten:

→ Im Bayerischen Bahnhof sind die Arbeiten im Bereich der Stationsdecke (Schallabsorption, TGA-Trassenmontage, Maler, Trägerrostkonstruktion und Beleuchtung) und die Montage der Fassadenblechbekleidung an den Stationslängswänden weit fortgeschritten. Die Montage der Lichtleitrohre im nördlichen Zugangsbauwerk ist abgeschlossen, derzeit erfolgt die Montage des Glasdaches inklusive Unterkonstruktion. Die beiden Fahrtreppen im nördlichen Zugangsbereich sind montiert. Im Bereich der Technikräume werden die Ausbauarbeiten und die TGA-Installationen fortgeführt.

→ Am Wilhelm-Leuschner-Platz sind die Montage der Feuerlösch-, Sanitär- und Elektrotrassen unter dem Bahnsteig und die Malerarbeiten der Stationswände und der Stationsdecke abgeschlossen. Die massive Stahlbau-Unterkonstruktion für die Glasbaustein-Fassadenelemente an den Stationswänden und der Stationsdecke ist in Arbeit (s. Abb. 1). Mit der Montage der 3 × 3 m großen Glasbaustein-Fassadenelemente wurde begonnen. Im Bereich der Technikräume werden die Ausbauarbeiten und die TGA-Installationen fortgeführt. An der Oberfläche sind die Arbeiten am nördlichen Zugangsbauwerk zur Station einschließlich der Montage der Fahrtreppen und des Aufzugsschachtgerüstes fertiggestellt.

→ Im Markt sind die Rohinstallationen der Technischen Gebäudeausrüstung unter dem Bahnsteig abgeschlossen. Die Montage der Terrakotta-Fassade an den Stationslängswänden ist weit fortgeschritten (s. Abb. 2). Im Bereich der Technikräume laufen die Ausbauarbeiten und die TGA-Installationen. Die Rohmontage der Gewerke Heizung, Lüftung, Sanitär im öffentlichen WC des historischen Zugangs ist nahezu fertiggestellt.

→ Im Hauptbahnhof (tief) sind die Ausrüstungsarbeiten im Bereich der Entrauchungszentrale und die TGA-Trassenmontage unter dem Bahnsteig abgeschlossen. Die Montage der Natursteinfassade an den Stationslängswänden ist fertiggestellt (s. Abb. 3). Im kleinen Atrium sind das Aufzugsschachtgerüst und die beiden Fahrtreppen montiert. Mit der Montage der Stahlbau-Unterkonstruktion für die Naturstein-Glasfassade wurde begonnen.

* TGA = Technische Gebäudeausrüstung

2

3

Ausblick 2012

→ Im Jahr 2012 werden die Leistungen zum raumbildenden und gebäudetechnischen Ausbau der Stationen weitergeführt und Ende 2012 zum Abschluss gebracht.
Gleichzeitig werden die Ausrüstungsleistungen der Bahn, wie die Montagearbeiten zur Oberleitung und Deckenstromschiene, die Signaltechnik und die Ausstattung der Betriebsräume intensiviert.

→ Der City-Tunnel soll zum Winterfahrplanwechsel im Dezember 2013 in Betrieb genommen werden.

Wasserstraßenprojekte

Aufgabenstellung

→ Planung und Baudurchführung von vier Kreuzungsanlagen:
  Gördenbrücke B 102
  Havelhausen
  Schleuse Lehnitz B 273
  Neustadt-Glewe B 191

→ Gesamtkosten: 22,6 Mio. €

Projektfortschritt

Gördenbrücke

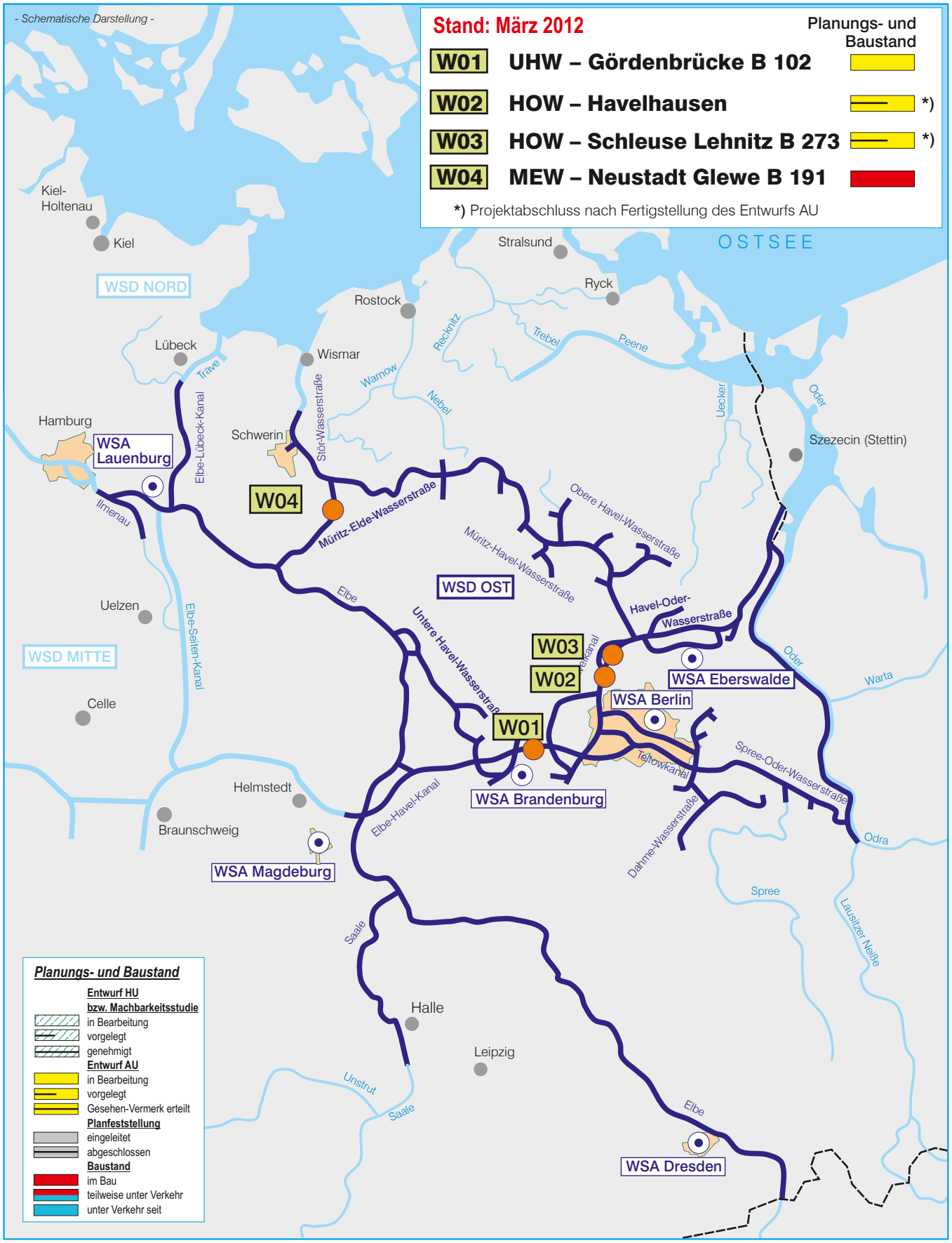
→ Die Machbarkeitsuntersuchungen sowie die objektorientierte Schadensanalyse sind abgeschlossen. Basierend auf den Ergebnissen und auf Grundlage der geänderten Aufgabenstellung (vorläufig kein Ausbau des Silokanals) soll die bestehende Brücke ertüchtigt werden. Die Brückennachberechnung ist in Bearbeitung.

Brücke Havelhausen und Schleuse Lehnitz

→ Auf Basis der genehmigten Variantenuntersuchung wurde der Entwurf-Ausführungsunterlage erstellt und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost übergeben. Die Planfeststellungsunterlagen wurden ebenfalls übergeben.
Der Bau der Maßnahme wird aufgrund der aktualisierten Investitionsziele zurückgestellt.

Neustadt Glewe

→ Der Entwurf-Ausführungsunterlage wurde im Dezember 2011 genehmigt. Das Abstimmungsverfahren ist abgeschlossen. Das Einvernehmen mit den Trägern öffentlicher Belange liegt vor.
Die Baumaßnahme wurde im Januar 2012 veröffentlicht. Mit dem Bau der neuen Kreuzungsanlage wurde im Mai 2012 begonnen. Zuvor fanden Baumfäll- und Rodungsmaßnahmen statt.


- Schematische Darstellung -
Stand: März 2012
Planungs- und Baustand
W01 UHW – Gördenbrücke B 102
W02 HOW – Havelhausen *)
W03 HOW – Schleuse Lehnitz B 273 *)
W04 MEW – Neustadt Glewe B 191
*) Projektabschluss nach Fertigstellung des Entwurfs AU
OSTSEE
Kiel-Holtenau
Kiel
WSD NORD
Lübeck
Hamburg
WSA Lauenburg
Stralsund
Ryck
Rostock
Wismar
Schwerin
Szezecin (Stettin)
Trave
Elbe-Lübeck-Kanal
Stör-Wasserstraße
Warnow
Recknitz
Trebel
Peene
Nebel
Uecker
Oder
Ilmenau
W04
Müritz-Elde-Wasserstraße
Müritz-Havel-Wasserstraße
Obere Havel-Wasserstraße
WSD OST
Elbe
Untere Havel-Wasserstraße
Havel-Oder-Wasserstraße
Uelzen
WSD MITTE
Elbe-Seiten-Kanal
Celle
W03
W02
W01
WSA Eberswalde
WSA Berlin
Teltowkanal
Spree-Oder-Wasserstraße
Warta
Helmstedt
Braunschweig
WSA Magdeburg
Elbe-Havel-Kanal
WSA Brandenburg
Dahme-Wasserstraße
Odra
Spree
Lausitzer Neiße
Saale
Halle
Leipzig
Unstrut
Elbe
WSA Dresden
Planungs- und Baustand
Entwurf HU bzw. Machbarkeitsstudie
in Bearbeitung
vorgelegt
genehmigt
Entwurf AU
in Bearbeitung
vorgelegt
Gesehen-Vermerk erteilt
Planfeststellung
eingeleitet
abgeschlossen
Baustand
im Bau
teilweise unter Verkehr
unter Verkehr seit

Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – Straße, VDE-Zubringer und sonstige Straßenprojekte

Herausgeber:

DEGES
Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs-
und -bau GmbH
Zimmerstraße 54
10117 Berlin
Tel.: 0 30-2 02 43-0
Fax: 0 30-2 02 43-291
info@deges.de

Konzeption/Redaktion:
Öffentlichkeitsarbeit DEGES

Fotografien und Karten:
DEGES
Nürnberg Luftbild, Hajo Dietz: Titel, S. 69
Portraits: Anke Jacob
Jens Lewerenz – Architekt: Visualisierung S. 52
V-KON.media: Visualisierung S. 62/63
Winking-Froh Architekten: Visualisierung S. 65
Freistaat Sachsen: S. 70/71
René Legrand: S. 34/35, 50/51, 53, 56, 58, 66, 67

Layout, Lithos und Fotosatz:
Aktiva GmbH, Berlin

Druck:
allprint media GmbH, Berlin

Drucklegung:
Juni 2012

Projektstände per Ende 2011; Redaktionsschluss: Frühjahr 2012

Titel: A 71 mit Schmücketunnel
Zwischentitel S. 10/11: Wiedervernässung Mellnitz-Üselitzer Wiek
Zwischentitel S. 34/35: Spreebrücke, Bautzen
Zwischentitel S. 50/51: A 72 – Brücke Zedtlitzer Grund

Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

DEGES